

Petersen, Hans-Georg

Working Paper

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, No. 36

Provided in Cooperation with:

Chair of Public Finance, University of Potsdam

Suggested Citation: Petersen, Hans-Georg (2003) : Globalisierung und soziale Gerechtigkeit, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, No. 36, Universität Potsdam, Lehrstuhl Finanzwissenschaft, Potsdam,
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-8901>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/30768>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

UNIVERSITÄT POTSDAM

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Lehrstuhl für Finanzwissenschaft

Hans-Georg Petersen

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit



Diskussionsbeitrag 36
Potsdam 2003

Hans-Georg Petersen

Universität Potsdam und
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Tel.: (+49) 0331 977 3394

Fax: (+49) 0331 977 3392

Email: *hgpeter@rz.uni-potsdam.de*

Hans-Georg Petersen

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Juli 2003

Mit den Finanzwissenschaftlichen Diskussionsbeiträgen werden Manuskripte von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung sind die Autoren verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an sie zu wenden und etwaige Zitate aus ihrer Arbeit vorher mit ihnen abzustimmen. Alle Rechte liegen bei den Verfassern.

ISSN 0948 - 7549

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Prof. Dr. Hans-Georg Petersen
Universität Potsdam und DIW Berlin

Zusammenfassung

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Globalisierung werden massive Vorwürfe gegen das ökonomische Gedankengebäude, aber auch die damit verbundenen menschlichen Verhaltensweisen ins Feld geführt. In einem verhaltenswissenschaftlich orientierten Ansatz wird daher zunächst aus individueller, dann aus internationaler Ebene herausgearbeitet, worin die grundlegenden friedensstiftenden Elemente eines ökonomischen Betrachtungsansatzes liegen. Dabei wird insbesondere die Rolle der Ungleichheit betont, die – neben einem reichen Güterangebot, der leistungsorientierten Entlohnung von Arbeit und Kapital sowie der individualistischen Eigentumsordnung – als konstitutives Element des marktwirtschaftlichen Anreizmechanismus den Erfolg demokratischer Gesellschaftssysteme in besonderem Maße bestimmt.

Die Ausführungen zu den Argumenten pro und contra Globalisierung stehen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die hervorgerufenen Entwicklungsprozesse unweigerlich Gewinner und Verlierer kreieren, was bei letzteren verständlich Ängste auslöst. Dabei wird die Verantwortlichkeit gerade für das Zurückfallen in einem insgesamt durchaus dynamischen Entwicklungsprozeß auf das Markt- und zum Teil auch Staatsversagen geschoben. Übersehen wird jedoch, dass hinter diesen vermeintlichen Versagenstatbeständen sich vielmehr ein moralisches Versagen verbirgt, welches eher auf Seiten der Marktteilnehmer, aber auch von Politik, Bürokratie und vor allem der Interessenvertreter zu suchen ist. Darüber hinaus wird auch die Existenz eines effizienten Sozialstaats nicht durch die Globalisierung gefährdet. Sie bildet vielmehr den Anlaß für die notwendigen Reformen, welche die Bekämpfung von Armut im nationalen wie internationalen Kontext sichern wird. Denn ohne Globalisierung drohen nicht nur ein überzogener Steuer- und Sozialstaat, sondern auch Tendenzen in Richtung auf den Leviathan und einen totalitären Machtmißbrauch, wie dieser heute noch in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern auf der Tagesordnung ist.

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Prof. Dr. Hans-Georg Petersen
Universität Potsdam und DIW Berlin

I. Einleitung

Das Schlagwort der Globalisierung hat seit etwa einer Dekade Hochkonjunktur. So weist die Enquete-Kommission *Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten* des Deutschen Bundestages in ihrem gerade erschienenen Schlussbericht darauf hin, dass „die Karriere des Wortes »Globalisierung«“ einen ungeheuren Aufschwung genommen hat: Wurde dieser Begriff in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Jahr 1993 nur 34 Mal genannt, stieg die Zahl der Nennungen Mitte der Neunzigerjahre stark an (auf über 900), um im Jahre 2001 schließlich 1136 Nennungen zu erreichen.¹ Aber nicht nur in den Massenmedien, sondern auch in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist eine ähnliche Tendenz zu erkennen. Nutzt man die Datenbank ECONIS der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel,² dann erhält man unter dem Schlagwort „Globalisierung“ zunächst eine zu große Treffermenge, die nicht mehr angezeigt wird. Nach einigen Versuchen mit den englischen Begriffen wird dann eine Treffermenge von 6160 Verschlagwortungen für wissenschaftlichen Bücher und Aufsätze angegeben (Stand 15. Juli 2002), wobei die Veröffentlichungen ebenfalls Mitte der Neunzigerjahre beginnen und exponentiell bis 2002 ansteigen. Angesichts dieser Flut von Veröffentlichungen, die kein Wissenschaftler mehr alle zur Kenntnis nehmen kann, dürfte die Vermutung wohl berechtigt sein, dass zu diesem Thema bereits alles gesagt ist.

Was rechtfertigt dann noch einen weiteren Artikel, zumal es bereits 125 Verschlagwortungen zur Thematik „Globalisierung und Sozialpolitik“, 782 Verschlagwortungen zum „Steuerwettbewerb“ und 858 Verschlagwortungen zur „Steuerharmonisierung“ gibt – alles Problemkomplexe, die in einem engen Argumentationszusammenhang stehen? Eine Rechtfertigung könnte vielleicht darin gesehen werden, dass wieder einmal dem ökonomischen Mainstream Vorwürfe gemacht werden, mit einer kalten Politik des Neoliberalismus die Probleme der Transformationsstaaten zu vertiefen und den Nord-Süd-Konflikt zu verschärfen. Denn seit geraumer Zeit formieren sich die Gegner der Globalisierung, um mit altbekannten Argumenten, ja auch mit nackter Gewalt die geistigen Grabenkämpfe der Vergangenheit neu zu beleben.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Diskussion um die Globalisierung ihren Aufschwung gerade in dem Moment genommen hat, als die alte Weltordnung der Ost-West-Blöcke sich überlebt hatte. Der Kollaps des realen Sozialismus weckte im Zusammenhang mit einer weitgehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Öffnung der Nationalstaaten die Hoffnung, dass in einem freien Wettbewerb der Gesellschaftsentwürfe, Sozial- und Wirtschaftssysteme ein friktionsfreieres immaterielles und materielles Wohlstandswachstum möglich sein könnte. Aber neben den

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (2002, S. 49).

² Siehe unter <http://gamma.zbw.ifw-kiel.de/cgi-bin/wwwlibmenu>.

positiven zeigten sich auch negative Seiten der Globalisierung: Es gibt Gewinner und Verlierer sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch im Vergleich der Staaten untereinander. Diese Verlierer, die zum Teil zu den Verlierern der politischen Wende der Jahre 1989 und folgende zählen, haben auch wieder wissenschaftliche Unterstützung erhalten. Schon kurz nach der Wende wurde deutlich, dass der Zusammenbruch des realen Sozialismus noch lange kein Ende des kollektivistischen und sozialistischen Gedankenguts bedeutet hat.³ Wenn auch nicht immer unmittelbarer Bezug auf diese Wertgrundlage genommen wird, sind die Inhalte dennoch ähnlich. Als Beispiel sei *Heuser* (2000) angeführt, der durch die Globalisierung die Stabilität der sozial austarierten Wirtschaft gefährdet sieht, da das wirtschaftliche Kalkül immer mehr Lebenszeit beanspruchen würde. Demgegenüber würde das gemeinschaftliche Interesse durch die Ökonomie mit ihrer Logik des privaten Vorteils an den Rand gedrängt. Folglich wüchsen die Belastungen des Einzelnen und die Ungleichheiten nähmen zu. Insgesamt würde die neue Ökonomie nicht zur psychologischen Architektur des Menschen passen – überspitzt ausgedrückt: der Marktmechanismus ist einfach inhuman. Ergänzt man diese klaren, aber leider völlig unhaltbaren Ausführungen um Verlautbarungen, die aus dem Umfeld von Attac stammen,⁴ dann ist man allerdings als Ökonom sehr motiviert, das Thema Globalisierung nochmals aufzugreifen.

Zweifellos ist Vieles, was an Kritik gegen eine überzogene Globalisierung hervorgebracht wird, berechtigt und vernünftig. Selbstverständlich teilen auch viele Ökonomen, die nicht dem Ideengut des methodologischen Kollektivismus zum Opfer gefallen sind, die Kritik an der Arbeit der internationalen Organisationen, vor allem der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO).⁵ Aber muss man deshalb in alte Klassenkampfzeiten zurückfallen? Ist es nicht vielmehr angemessen, die bedeutende Rolle der Ökonomik für ein globales Leben in Frieden und Wohlstand endlich zu akzeptieren und mit den Ökonomen nach vernünftigen staatlichen und internationalen Regulierungen zu suchen, um die Auswüchse der Globalisierung einzudämmen? Muss man weiterhin wissenschaftlichen Fachrichtungen und ganzen Berufsständen ihre ethischen Qualitäten absprechen und diese nur sich selbst bzw. anderen Berufsständen zuzusprechen? Auch deshalb erscheint es nochmals angebracht, die möglichen Leistungen und Beiträge der Ökonomik kurz theoretisch zu umreißen. Im Anschluss daran sind die Fragen von Globalisierung und sozialer Gerechtigkeit erneut zu diskutieren und die ethischen Verhaltensweisen der demokratischen Entscheidungsträger zu beleuchten. Daraus lassen sich die Pros und Cons der Globalisierung ableiten, um abschließend ein Angebot zur interdisziplinären Zusammenarbeit zu unterbreiten, mit der allein die offenkundigen Missverständnisse zwischen, aber leider auch innerhalb der Fachdisziplinen überwunden werden können.

II. Ökonomik als friedensstiftende Verhaltenswissenschaft: individuelle und internationale Perspektive

Menschliches Verhalten bewegt sich wie das natürliche Verhalten allgemein zwischen Konfrontation (bis hin zur Aggression) und Kooperation.⁶ Konfrontation und Aggression führen allerdings in der Regel zu erheblichen Wohlstandeinbußen, während ein wohlverstandener und vor allem längerfristig ausgerichteter Egoismus dazu führt, dass man in anderen Gesellschaftsmitgliedern mögliche Kooperationspartner sieht. Sowohl die eigene wirtschaftliche Leistung eines Individuums (Haushalt bzw. Familie) als auch die Kooperationsgewinne (oder Synergien) be-

³ Vgl. *Petersen* (1993, S. 11).

⁴ Vgl. Die Veröffentlichungen auf <https://www.attac-netzwerk.de> und den dort angegebenen links.

⁵ Man beachte nur die harten Diskussionen um das neue Buch des Nobelpreisträgers *Joseph E. Stiglitz* (2002) z.B. in der *Washington Post*, Tuesday, July 2, 2002, S. EO1.

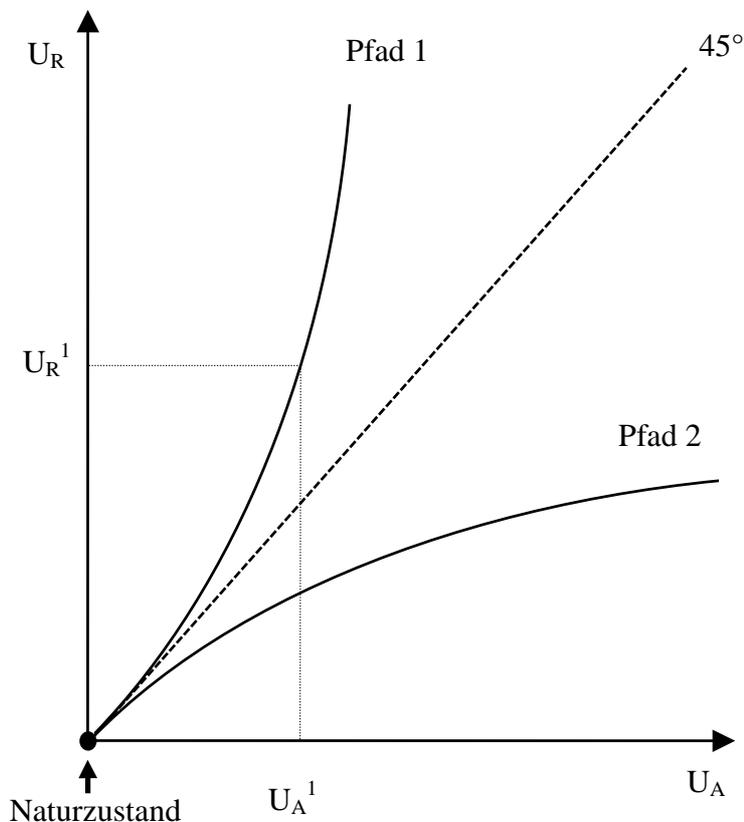
⁶ Vgl. *Petersen* (1993, S. 21 ff.).

stimmen den immateriellen wie materiellen Wohlstand einer Gesellschaft (vgl. Petersen/Müller 1999). Im Folgenden sei zunächst ein Zwei-Personen-Modell behandelt, das im zweiten Schritt auf einen Zwei-(Mehr-)Länder-Fall der internationalen Kooperation und Integration angewendet wird.

2.1. Zwei-Personen (Familien)-Modell

Es sei von einem nutzentheoretischen Ansatz ausgegangen,⁷ in dem der Einfachheit halber die Nutzenpositionen zweier Personen oder Familien (Haushalte) betrachtet werden (U_R und U_A).⁸ Gemäß dem hedonistischen Menschenbild ist das Bestreben der Menschen dadurch bestimmt, ihre materielle Lebensgrundlage zu verbessern, um die drückende Erfahrung von Knappheit (Armut, Not, Hunger, Krankheit) zu lindern. Stellt man die beiden Nutzenpositionen in einem einfachen Diagramm dar (siehe Abbildung 1), drückt sich dieses Bestreben darin aus, sich in Richtung Nordosten zu bewegen. Voraussetzung für diesen gemeinsamen Fortschritt der Familien R und A ist allerdings, dass diese – ohne die Existenz einer staatlichen Institution – freiwillig kooperieren. Im Sinne der Spieltheorie handelt es sich also nicht um ein Nullsummenspiel, sondern um ein kooperatives Zwei-Personen-Spiel mit variabler Summe, das zudem noch beliebig oft wiederholt werden kann und bei dem folglich beide Parteien gewinnen können. Der mögliche Gewinn ist zugleich der Anreiz zur Teilnahme.

Abbildung 1: Entwicklungspfade aus dem Naturzustand



⁷ Einen ähnlichen Modellansatz verwendet *Buchanan* (1977, S. 201).

⁸ Dabei soll R im weiteren für eine reiche und A für eine arme Familie stehen.

Mit der Herausbildung von Vertrauen und dem gesellschaftlichen Zusammenschluss (Koope-
ration) geht die Arbeitsteilung einher. Nutzt man die unterschiedlichen Fähigkeiten der Men-
schen (ihre absoluten und komparativen Vorteile) aus, lässt sich in einer arbeitsteiligen Gesell-
schaft mehr produzieren (Spezialisierungsvorteil) und damit die Knappheit lindern, d.h. Wohl-
stand schaffen.

Die Erträge der Arbeitsteilung lassen sich in diesem einfachen ökonomischen Modellansatz ver-
deutlichen. Wir unterstellen, dass die Familien A und R ihren Nutzen maximieren wollen; formal
wird das so gefasst, dass von den Familien A und R zwei Güter hergestellt und zur Produktion
die Faktoren Boden (oder später Kapital) und Arbeit eingesetzt werden. Aus einem solchen
Zwei-Familien-/Zwei-Güter-/Zwei-Produktionsfaktorenansatz lässt sich das Wohlstandsoptimum
(in der Wohlfahrtstheorie auch als Pareto-Optimum bezeichnet) mathematisch ableiten.⁹ An den
Koordinaten der Abbildung 1 sind die Nutzen der Familie R U_R und der Familie A U_A abgetra-
gen, den diese aus dem Konsum der beiden produzierten Güter ziehen. Mit dem Ursprungspunkt
sei der Naturzustand beschrieben.¹⁰

Die Koordinatenachsen begrenzen nun den Möglichkeitsraum, in dem sich die beiden Familien
bewegen können. Im Naturzustand herrscht der Krieg aller gegen alle; entsprechend ihrem
Selbsterhaltungstrieb wenden die Familien wesentliche Teile der ihnen zur Verfügung stehenden
Ressourcen zur Produktion von Sicherheit auf; d.h., sie entwickeln Verteidigungstechnologien
und Waffen, um sich gegen die Übergriffe der Mitmenschen zu wehren. Die dafür eingesetzte
Arbeitszeit verringert somit die für die Produktion anderer Güter zur Verfügung stehende Zeit;
außerdem verhindert der Kriegszustand die Arbeitsteilung, sodass sich beide Familien kaum vom
Ursprungspunkt unserer Abbildung 1 entfernen können, d.h. sie müssen in großer materieller
Knappheit verharren. Die friedliche Koexistenz zwischen beiden Familien würde bereits eine
Verringerung der Verteidigungsanstrengungen erlauben, damit den Ressourceneinsatz zur Gü-
terproduktion erhöhen und die Nutzensituation beider Familien verbessern. Ein weiterer Fort-
schritt in bezug auf die Überwindung von Knappheit ließe sich erzielen, wenn die Familien nicht
nur friedlich koexistieren, sondern kooperieren, d.h. arbeitsteilig wirtschaften und in eine
Tauschbeziehung treten würden. Geht man davon aus, dass die Mitglieder der Familien über
unterschiedliche Fähigkeiten verfügen, ist es sinnvoll, dass sich die Familien ihren Fähigkeiten
und Fertigkeiten entsprechend auf die Produktion eines Gutes spezialisieren. Sie wenden dann
für die Produktion des einen Gutes pro Stück weniger Zeit auf, sodass sie insgesamt eine größere
Stückzahl herstellen können und folglich einen Spezialisierungsgewinn realisieren.

Die Arbeitsteilung zwischen den Familien erzwingt, sofern sich die Präferenzen für die Güter
nicht ändern, einen Austausch von Gütermengen. Jede Familie wird versuchen, das Gut, von
dem sie relativ viel produziert hat, gegen das Produkt, wovon sie relativ wenig hergestellt hat,
einzutauschen. Dies wird besonders deutlich im Falle der vollständigen Spezialisierung (jede
Familie produziert nur noch ein Gut). Arbeitsteilung¹¹ und der direkte Gütertausch sind somit
nach der friedlichen Koexistenz weitere Instrumente, die Knappheit lindern helfen und dem
Menschen ein Leben im Wohlstand eröffnen. Die Notwendigkeit zum Tausch bedingt eine ge-
wisse Abhängigkeit vom Tauschpartner und damit eine freiwillige Einschränkung von Freiheits-
spielräumen. Diese können aber wieder ausgedehnt werden, wenn die Spezialisierung zur Ent-
wicklung neuer Techniken beiträgt, die entweder arbeitssparend (man erhält mehr Freizeit) oder

⁹ Siehe einführende Lehrbücher in die Volkswirtschaftslehre, z.B. *Luckenbach* (2000) oder *Petersen* (1993a); im
Übrigen wollen beide Familien ihre jeweilige Nutzenfunktion maximieren.

¹⁰ Zur näheren Beschreibung des Naturzustands in den unterschiedlichen staatsphilosophischen Ansätzen vgl.
Petersen (1993, S. 83 ff.).

¹¹ Natürlich weist auch das Instrument der Arbeitsteilung Opportunitätskosten auf. Schreitet sie zu stark fort, wer-
den Arbeitsprozesse (wie am Fließband) in kleinste Arbeitsschritte zerlegt, dann droht die – wie es *Karl Marx*
bezeichnet hat – Entfremdung oder – modern ausgedrückt – Enthumanisierung der Arbeitswelt.

aber kapitalsparend (man kann das Kapital anderweitig einsetzen) sind. Insgesamt haben Arbeitsteilung und Spezialisierung – und damit wirtschaftliches Handeln überhaupt – einen friedensstiftenden Charakter, sodass insoweit die Friedens- und Wohlstandszielsetzung durchaus kompatibel sind.

Durch den unterschiedlichen Einsatz der Produktionsfaktoren in Menge und Struktur sowie durch die unterschiedliche Verteilung der Güter auf die Familien A und R können wir uns vom Ursprung weg nach Nordosten bewegen. Die Gleichverteilung des gesellschaftlichen Nutzenzuwachses im Verhältnis zum Naturzustand auf beide Familien wird durch die 45°-Linie angegeben. Der Einsatz von Produktionsfaktoren, Arbeitsteilung und Gütertausch ermöglicht es ihnen, sich nach Nordosten zu bewegen, wobei diese Bewegung nur dann entlang der 45°-Linie verläuft, wenn im Naturzustand die Rechte (an den Produktionsfaktoren) und die Fähigkeiten gleichmäßig verteilt sind. Ist das nicht der Fall, können wir beispielsweise dem Entwicklungspfad 1 folgen, bei dem die Familie A komparative Vorteile besitzt oder dem Pfad 2, bei der die Familie R über die günstigere Anfangsausstattung mit Faktoren und Fähigkeiten verfügt. Die Abbildung 1 macht aber deutlich, dass auch bei Ungleichverteilung in der Anfangsausstattung beide Familien bei Kooperation gegenüber dem Naturzustand profitieren (z.B. die Nutzenverteilung U_R^1 und U_A^1). Dieser offenbare Vorteil und die Zufriedenheit über die Verminderung der Knappheit wird dazu führen, dass auch die Familie A die Ungleichheit akzeptiert, was insbesondere dann der Fall sein dürfte, wenn Familie A davon überzeugt ist, dass die bessere Position der Familie R auf zusätzlichen Leistungen und/oder Fähigkeiten (z.B. höherem Arbeits- oder Kapitaleinsatz und damit höherer Arbeits- bzw. Kapitalproduktivität) beruht (und nicht etwa auf tradierten Privilegien). Damit sind die Ursprünge der Leistungsgesellschaft beschrieben; in dieser Gesellschaftsform dürfen die Gesellschaftsmitglieder – *John Locke* folgend – sich grundsätzlich das Ergebnis der eigenen Hände Arbeit auch aneignen. Die resultierende Nutzenverteilung entspricht also der Leistungsgerechtigkeit.¹² Nur wenn diese Leistungsgerechtigkeit allgemein akzeptiert ist, werden die Gesellschaftsmitglieder auch ihre Leistungsbereitschaft aufrecht erhalten. Jeglicher (staatliche) Eingriff in die Leistungsgerechtigkeit (beispielsweise über Steuern und Transfers) wird die Leistungsbereitschaft tangieren.

Das Streben nach Überwindung von Knappheit – also nach Wohlstand – ist, wie oben ausgeführt, ganz natürlich und ein menschliches Urbedürfnis – Wirtschaftswissenschaft daher auch eine zutiefst humane Disziplin. Erst nach der Entstehung von Gesellschaft tritt aufgrund der menschlichen Neigung, die wirtschaftliche und soziale Lage untereinander zu vergleichen, das Gerechtigkeitsproblem in den Mittelpunkt. Denn überbordender privater Wohlstand wird immer wieder Neid hervorrufen, und – wie bereits *Aristoteles* bemerkte – überbordender nationaler Reichtum wird die Eroberer aus anderen Nationen auf den Plan rufen. Seine Empfehlung lautete daher, das Streben nach privatem und nationalem Wohlstand "weise" zu begrenzen.

Die in unserem Beispiel beschriebene Zusammenarbeit der beiden Familien zum gemeinsamen Nutzen (also Kooperation) hat nichts mit Altruismus zu tun, denn weder die Familie A noch die Familie R will der anderen bewusst helfen. Sie kooperieren vielmehr aus purem Eigennutz (Egoismus) heraus, und dabei erhöht sich für beide der Wohlstand, m.a.W. treten synergetische Effekte auf. Egoismus bedeutet in diesem wohlstandstheoretischen Modellansatz, dass die der Abbildung 1 zugrundeliegenden Nutzenfunktionen der Familien R und A unabhängig voneinander sind, m.a.W. der Nutzen der Familie R den der Familie A demnach nicht berührt (und vice versa). Altruismus bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Nutzenfunktionen der Familien R und A entweder einseitig oder gegenseitig positiv voneinander abhängig sind, also beispielsweise der zusätzliche Nutzen der Familie A zugleich den Nutzen der Familie R erhöht (positive

¹² Zum Ziel der Gerechtigkeit und Zusammenspiel von Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit vgl. *Petersen* (1993, S. 49 ff.).

Nutzeninterdependenz). Während Egoismus und Altruismus im Sinne der Spieltheorie als kooperative Spiele aufgefasst werden können, liegt im Falle des Neides vielmehr eine nicht-kooperativer (oder defektiver) Ansatz vor; nutzentheoretisch kann der Neid so gefasst werden, dass wiederum eine Abhängigkeit der Nutzenfunktionen der Familien A und R vorliegt, der zusätzliche Nutzen der Familie R aber den der Familie A (oder/und vice versa) vermindert (negative Nutzeninterdependenz).¹³ Bei defektiven Strategien treten die Verteilungskämpfe auf, die im Extremfall die Gesellschaften in den Naturzustand zurückwerfen können.

Ohne staatlichen Ordnungsrahmen dürfte also eine Situation freiwilliger Kooperation, die ausschließlich auf moralischen Normen beruht, höchst labil sein. Gerade wenn man sich komplexere Gesellschaften mit zahlreichen Gesellschaftsmitgliedern (Familien) vorstellt, werden nur beschränkte Informationen vorliegen und zugleich wird Unsicherheit darüber herrschen, wie sich die einzelnen verhalten. Darüber hinaus wird die Kontrolle der Verhaltensweisen der anderen Gesellschaftsmitglieder wesentlich schwieriger. Wenn nur einige ein strategisches Verhalten in dem Sinne entwickeln, dass sie sich gerade nicht den freiwilligen Regeln (moralischen Handlungsbeschränkungen) unterwerfen, können diese das Wohlverhalten der anderen zu ihrem Vorteil ausbeuten. Früher oder später werden solche Ausbeutungsverhältnisse wahrgenommen und mit individuellen Sanktionen beantwortet.¹⁴ Das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben wird dadurch gestört, defektive Strategien können dominant werden und die Gesellschaft in den Naturzustand zurückwerfen.

Um die Synergien der individuellen Kooperation zu sichern, erweist sich ein staatlicher Ordnungsrahmen als unabdingbar. Denn im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess treten an die Stelle des direkten Tausches die Güter- und Arbeitsmärkte, welche gemeinsam mit der geldwirtschaftlichen Entwicklung erst die großen Wohlstandsgewinne ermöglichen. Der Komplexitätsgrad einer zudem demokratisch verfassten Marktgesellschaft nimmt folglich erheblich zu, sodass zusätzliche Informationsprobleme entstehen. Daneben treten zumindest auf einzelnen Märkten Tatbestände des Marktversagens, aber auch des Moralversagens¹⁵ auf, die zusätzliche staatliche Regulierungen erfordern. Eine effiziente staatliche Rahmenordnung und Regulierungen sind dann zusätzliche die Elemente, welche weitere Synergien erzeugen und zugleich die Wohlstandsentwicklung fördern. Damit treten neben die individuell erzeugten Wohlstandskomponenten auch solche, die sich aus der erfolgreichen gesellschaftlichen Kooperation ergeben. Zudem sind in realen Leistungsgesellschaften nicht alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen leistungsfähig. Unterschiede in der Leistungsfähigkeit bedingen dann auch entsprechende Differenzen in der Nutzen-, Einkommens- und Vermögensverteilung. Soll der Vorteil einer effizienten Leistungsgesellschaft nicht grundlegend gefährdet werden, dann können Differenzen in der Verteilung der Fähigkeiten nur in engen Grenzen ausgeglichen werden, um die Anreize für den eigenverantwortlichen Leistungseinsatz nicht zu zerstören. Sind einzelne Gesellschaftsmitglieder oder Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern nicht leistungsfähig, resultiert zweifellos ein soziales Problem der Verteilungsgerechtigkeit.

Das Ausmaß der tolerierten Ungleichheit hängt im wesentlichen vom vorherrschenden Vergleichsmaßstab ab. Während für die Leistungsgerechtigkeit das marktwirtschaftliche System über Marktpreise und -einkommen – wenn auch nur im theoretischen Fall der vollkommenen Konkurrenz (Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung) – die notwendigen Informationen liefert, gibt es für die Bedarfsgerechtigkeit als zweiter Komponente der sozialen Gerechtigkeit keine entsprechenden Informationen. Während bei den materiellen Gütern Knappheit besteht, sind die Bedürfnisse der Menschen unbegrenzt, sofern nicht asketische Normen bestimmend sind.

¹³ Zur Wirkung von Egoismus, Altruismus und Neid vgl. *Petersen* (1993, S. 148 ff.).

¹⁴ Bei *John Locke* (in "Two Treatises of Government") dient die Selbstjustiz als Sanktionsmechanismus.

¹⁵ Vgl. *Petersen/Müller* (1999, S. 134 f. und 178 f.).

Sättigungsphänomene treten zwar beim Konsum einzelner Güter auf, aber von genereller Einkommens- und Vermögenssättigung lässt sich auch in den hochentwickelten Industrieländern wohl kaum sprechen, zumal immer wieder neue materielle Güter (Produktinnovation) geschaffen werden. Da der notwendige Bedarf eines einzelnen Menschen objektiv nicht ermittelbar ist und Bedürfnisse aufgrund von Präferenzunterschieden interpersonell nicht vergleichbar sind, lassen sich für bedarfsgerechte Systeme lediglich zwei Näherungswerte nennen: Die geringste Ausprägung der Bedarfsgerechtigkeit ist darin zu sehen, dass jedem Menschen ein physisches Existenzminimum gewährt wird, das in Abhängigkeit von der Klimazone als Kalorienbedarf sowie als Wohn- und Kleidungsbedarf definierbar ist. Die weitestgehende Ausprägung unterstellt demgegenüber, dass alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben, insofern Gleichheit in Konsumvolumen und -struktur herzustellen ist.

Letzteres verstößt gegen die heute wohl wenig umstrittenen Tatbestände, dass Menschen weder von Natur aus völlig identisch sind noch dass sie gleiche Präferenzen haben. In jedem Falle strebt aber ein bedarfsgerechtes System im Vergleich zu einem leistungsgerechten System eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen an;¹⁶ den ökonomisch Leistungsfähigeren werden also Mittel entzogen und auf die weniger Leistungsfähigen umverteilt. Gerechtigkeit bedingt also nicht a priori Gleichheit in bezug auf die ökonomische Situation, zumal eine solche Zielsetzung fundamental den Freiheitsgrundsatz verletzen würde. Darüber hinaus sind die ökonomischen Reaktionen der Leistungsfähigen zu berücksichtigen, die durch eine Reduktion ihres Leistungsangebots von sich aus die materielle Ungleichheit beseitigen können, sodass letztendlich allen weniger materielle Mittel zur Verfügung stünden. Auch die von liberalen Klassikern geforderte Startchancengleichheit kann nur insoweit akzeptiert werden, als Ausbildungswege sowie öffentliche Ämter grundsätzlich allen Gesellschaftsmitgliedern offen stehen,¹⁷ ohne dass etwa der Versuch gemacht wird, bestehende Unterschiede in den natürlichen Anlagen und Präferenzen gewissermaßen zwangsweise auszugleichen (beispielsweise durch elitär oder paternalistisch gesetzte Selektionskriterien). Gerechtigkeit in diesem Sinne umfasst dann die Gleichheit aller vor dem Gesetz sowie ein ausgewogenes Verhältnis von Leistungs- zu Bedarfsgerechtigkeit, da ein humanes Gesellschaftssystem einerseits die schuldlos leistungsunfähigen Menschen nicht von vornherein ausgrenzen, andererseits die leistungsfähigen Menschen nicht überfordern darf. Die Verwirklichung der Bedarfsgerechtigkeit bedingt dann, die absolute Armut innerhalb einer Gesellschaft zu bekämpfen, wobei der Maßstab für das Ausmaß der gesellschaftlichen Unterstützung im Konsens mit den leistungsfähigen Gesellschaftsmitgliedern festzulegen ist. Die Herstellung von Gleichheit, also einer möglichst gleichmäßigen Einkommens- und Vermögensverteilung, ist nicht eine vordringliche gesellschaftliche Zielsetzung, vielmehr gefährdet der Egalitarismus die ökonomischen Grundbedingungen für eine erfolgreiche demokratische Marktgesellschaft.

Ungleichheit ist also ein konstitutives Element des marktwirtschaftlichen Anreizmechanismus, neben einem reichen Güterangebot, der leistungsorientierten Entlohnung von Arbeit und Kapital und der individualistischen Eigentumsordnung. Ungleichheit setzt Anreize zum gesellschaftlichen Aufstieg und ist somit ein Motor sozialer Entwicklung in offenen Gesellschaften. Natürlich bergen diese auch Risiken in sich, denn bei Versagen droht gesellschaftlicher Abstieg. Ohne derartige Sanktionen kommen allerdings leistungsorientierte Marktsysteme nicht aus, sollen sie ihre Effizienzvorteile voll entfalten. Aufstieg und Abstieg, Gewinn und Verlust, Prosperität und Konkurs oder – allgemein ausgedrückt – Chance und Risiko sind die beiden Seiten der marktwirtschaftlichen Medaille.

¹⁶ Nach *Aristoteles* kann man statt von Leistungs- auch von Tauschgerechtigkeit und statt von Bedarfsgerechtigkeit auch von umverteilender Gerechtigkeit sprechen.

¹⁷ Vgl. hierzu *Rawls* (1990, S. 336 f.) in seinem zweiten Grundsatz (b).

Das heißt noch lange nicht, dass derartige Systeme ausschließlich vom Sozialdarwinismus geprägt sein müssen. Natürlich hat die auf der Leistungsgerechtigkeit aufbauende Marktwirtschaft zur Folge, dass Menschen, die temporär oder dauerhaft nicht leistungsfähig sind (also weder über Arbeitsfähigkeit¹⁸ noch über Vermögen verfügen), sich in diesem System nicht selbständig und eigenverantwortlich erhalten können. Marktwirtschaftliche Systeme, die auf Anreiz- und Leistungsmechanismen aufbauen, müssen also – sollen soziale Probleme vermieden werden – den Bedarf der nicht leistungsfähigen Bürger berücksichtigen, ohne in ein ausschließlich an der Bedarfsgerechtigkeit ausgerichtetes System zurückzufallen.

2.2. Zwei-(Mehr-)Länder-Fall

Der gerade vorgestellte Ansatz entspricht weitestgehend dem *Heckscher-Ohlin-Modell* der Außenwirtschaftstheorie, in dem die internationale Spezialisierung mit komparativen Kostenvorteilen begründet wird.¹⁹ Wie im Zwei-Familien-Modell ergeben sich auch im internationalen Kontext die beschriebenen Wohlstandsvorteile der internationalen Kooperation. Die Spezialisierung ermöglicht eine erhöhte Güterproduktion, von der über den internationalen Handel alle beteiligten Nationen profitieren. Im Folgenden soll allerdings nicht die ökonomische Integrationstheorie der Neoklassik im Vordergrund der Argumentation stehen, wie sie in vielen Lehrbüchern zur realen Außenwirtschaftstheorie beschrieben wird. Vielmehr wird auf die – neben den ökonomischen Argumenten – wichtigen politischen Argumente eingegangen, die im Zusammenhang mit internationaler Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung sind. Schon auf der Ebene der Bildung eines Nationalstaats spielen die politischen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. So haben im historischen Entwicklungskontext auf lokaler und regionaler Ebene integrative politische Kräfte neben den ökonomischen Integrationsgewinnen zu nationalen Einigungsprozessen geführt. Dabei bilden ethnische und kulturelle Gemeinsamkeiten, religiöse Zugehörigkeiten, ideologische Vorstellungen und Staatsideen – beispielsweise im Sinne eines demokratischen Verfassungsstaats – die Grundelemente derartiger politischer Kräftefelder.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass die ökonomischen Integrationsvorteile insbesondere auf den untergeordneten gesellschaftlichen und gebietskörperschaftlichen Ebenen ihre Wirkung entfalten. Zur Schaffung großräumiger wirtschaftlicher Strukturen bedarf es i.d.R. zusätzlicher politischer Argumente, die natürlich durch das Wirken der „economies of scale“ unterstützt werden können. So haben gerade im 18. und 19. Jahrhundert ethnische oder nationale Gemeinsamkeiten bei der Staatenbildung im Vordergrund gestanden. Dabei sind die kulturellen Eigenständigkeiten der integrierten Regionen umso stärker erhalten geblieben, je später die Einigungsprozesse erfolgt sind. Es bildeten sich in diesen Fällen föderalstaatliche Strukturen heraus, die auf der Ebene der lokalen Gebietskörperschaften, Gliedstaaten und Regionen wesentliche Kompetenzen zur staatlichen Aufgabenerfüllung beließen. Föderalstaatliche Ideen haben somit die nationalstaatliche Integration wesentlich unterstützt und zugleich über die Verankerung demokratischer Rechte eine Mehrfachbeteiligung der Bürger im Geflecht staatlicher Entscheidungen ermöglicht.

Wie im Zwei-Familien-Modell bedeutet Integration natürlich auf der einen Seite eine verbesserte lokale, regionale oder auch internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung. Die Integrationsgewinne können sich entsprechend der Faktorausstattung (Real- und Humankapital) unterschiedlich verteilen, aber prinzipiell profitieren alle Ebenen der Gebietskörperschaften von derartigen Integrationsprozessen. Die Integrationsgewinne bilden zugleich den „Kitt“ zwischen

¹⁸ Vom Problem der Arbeitswilligkeit soll an dieser Stelle abstrahiert werden, denn fehlende Leistungsfähigkeit (im Sinne von fehlendem Einkommen) kann selbstverständlich auch auf fehlende Leistungsbereitschaft (Faulheit) zurückgeführt werden.

¹⁹ Vgl. Luckenbach (2002).

den beteiligten Gebietskörperschaften. Denn nationale und internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung sind nicht nur mit entsprechenden Wohlstandszuwächsen verbunden, sondern führen zugleich in eine gegenseitige Abhängigkeit, der grundsätzlich eine friedensstiftende Wirkung zukommt: Denn wenn eine Gebietskörperschaft den Integrationsprozess rückgängig machen will, führt das zu Wohlstandsverlusten bei allen Beteiligten.

Allerdings wird die nationale und internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie Harmonisierung i.d.R. nicht dazu führen, dass auf allen Gütermärkten eine weitgehende Spezialisierung in dem Sinne erfolgt, dass gleichermaßen monopolistische Produktionsstrukturen im globalen Kontext entstehen würden. Unterschiede in den Faktorausstattungen, Technologien, Produktionsbedingungen und staatlichen Rahmenordnungen führen dazu, dass auf der Ebene der Nationalstaaten, aber auch im internationalen Zusammenhang ein mehr oder weniger starker Wettbewerb auf den Güter- und Arbeitsmärkten sowie den Geld- und Kapitalmärkten erhalten bleibt. Dieser Wettbewerb ist ebenfalls konstitutiv für demokratische Marktgesellschaften, sichert er doch die Effizienz des Gesamtsystems. Bei weitgehend freiem Verkehr von Kapital und Personen treten dann auch die nationalen Rahmenordnungen in einen Systemwettbewerb, der sich vor allem ausdrückt um einen Wettbewerb der effizientesten Steuer- und Sozialsysteme. Ähnlich wie auf der nationalen Ebene kann die Integration und der Wettbewerb durch eine entsprechende internationale Rahmenordnung geregelt werden, in der auch festgelegt wird, auf welche souveränen Rechte die Mitgliedsstaaten zugunsten der Gemeinschaft verzichten. Am Ende einer solchen Entwicklung kann dann die Existenz einer neuen übergeordneten staatlichen Ebene stehen. Derartige Entwicklungstrends haben sich historisch beispielsweise im 19. Jahrhundert bei der Bildung des zweiten Deutschen Reiches und im 20. Jahrhundert bei der Bildung der Europäischen Union vollzogen, wobei die EU allerdings erst jüngst in die Phase der Verfassungsdiskussion eingetreten ist.

Politische und wirtschaftliche Integration bedeutet also neben den ökonomischen Integrationsgewinnen auch einen gewissen Anpassungsdruck an die im Systemwettbewerb erfolgreichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle. Dieser Anpassungsdruck mag zu einer Dominanz gewisser Lebensstile führen und zugleich überkommene Verhaltensweisen und kulturelle Gegebenheiten beeinflussen. Die Freiheitsgerade in bezug auf die Wahlmöglichkeiten sind also durchaus begrenzt. Wer den Wohlstandsvorteil eines integrierten Raumes für sich in Anspruch nehmen möchte, ist zugleich gezwungen, sich den allgemeinen Spielregeln anzupassen. Darin liegen die Opportunitätskosten der Integration begründet. Natürlich können sich im Entwicklungsprozess diese Opportunitätskosten verändern, im schlimmsten Fall als nicht länger tragbar erscheinen. Dann müssen bei rationaler politischer Entscheidung die bisherigen Integrationsgewinne gegen die bei Austritt drohenden Desintegrationsverluste aufgewogen werden. Wenn also internationale Integration nach klaren vertraglichen Regelungen erfolgt, dürfte es notwendig sein, auch den Fall einer möglichen Desintegration zu regeln. Nur dann kann nämlich gewährleistet sein, dass ein friedlicher Austritt nicht die gesamte Existenz des ehemaligen Integrationsraums gefährdet.

Die oben geschilderten politischen Integrationsargumente können im Zeitablauf an Bindungskraft verlieren, ebenso wie die Bewertung der Integrationsvorteile sich verändern kann. Religiöse Vorstellungen und ideologische Grundströmungen können ebenfalls gewichtige Elemente einer Staatsidee sein. So versuchen immer wieder einflussreiche Gruppen im Islam die Scharia als Staatsidee auf der Ebene einzelner Nationalstaaten durchzusetzen.²⁰ In den geschlossenen Gesellschaften des Sozialismus ersetzte die kommunistische Staatsideologie die Religion. Religionen wie Ideologien, seien sie kommunistisch oder faschistisch geprägt, drohen in ihrem geschlossenen Weltbild, das sich an tradierten Normen orientiert, zu erstarren, auch wenn sich die

²⁰ Vgl. Petersen (1993, S. 79 f.).

Welt um diese Gebilde herum nachhaltig verändert. Aus ihnen gehen i.d.R. statische Gesellschaften hervor, in denen Gedankenfreiheit, Wissenschaft und Forschung ausschließlich der Staatsideologie dienstbar gemacht, also unterdrückt werden und letztlich verkümmern. Am Ende werden auch die ökonomischen Integrationsvorteile aufgezehrt, die beispielsweise in einigen Entwicklungsphasen der Sowjetunion ein beachtliches industrielles Wachstum ermöglicht haben. Ökonomische Ineffizienzen und Verarmung der Bevölkerung bilden dann einen Nährboden für die aufklärerischen Argumente der europäischen Philosophie, können aber auch die durch die sozialistische Ideologie überdeckten religiösen oder nationalistischen Ressentiments wiedererwecken.

So hat der Zerfall der Sowjetunion zahlreiche Nachfolgestaaten geschaffen, die sich auf ihr nationales oder auch religiöses Erbe berufen, während viele der ehemaligen mittel- und osteuropäischen Satellitenstaaten erfolgreich an ihre demokratischen Vorkriegstraditionen anknüpfen konnten. Innerhalb einzelner Länder, aber auch zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind zahlreiche ethnische und religiöse Konflikte ausgebrochen, die eine zunehmende Desintegration zur Folge haben und die ökonomische Situation ihrer Bevölkerungen weiter verschlechtern.

Noch mit weitaus schlimmeren Folgen vollzog sich die Auflösung Jugoslawiens, in dem sich nach dem ersten Weltkrieg die slawischen Völker des Balkans zusammengeschlossen hatten. Trotz der gemeinsamen slawischen Wurzeln gerieten diese Völker in der Folge verschiedener Fremdherrschaften über den Balkanraum unter den Einfluss unterschiedlicher Weltreligionen. So wurden die westlichen Völker (Slowenen, Kroaten, Bosniaken und Herzegowiner) römisch katholisch, während sich die östlichen (Serben, Montenegriner und Mazedonen) dem orthodoxen Glauben zuwandten. Unter der osmanischen Herrschaft (1463 – 1878) konvertierten die Bosniaken allmählich zum Islam, sodass auf dem Gebiet des heutigen Bosnien und Herzegowina nicht nur drei unterschiedliche slawische Völker, sondern vor allem drei Weltreligionen aufeinander trafen. Nachdem die sozialistischen Ideen – verbunden mit Titos Illusion von einem „dritten Weg“ – ihre Bindungskraft verloren hatten, entluden sich die ethnischen und religiösen Ressentiments in blutigen Sezessionskriegen. Während noch 1989/90 das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung seine integrative Kraft unter Beweis gestellt hatte, führte es in der folgenden Dekade im ehemaligen Jugoslawien zum völligen Verfall der staatlichen Ordnung, ja zu einem Rückfall in den oben erwähnten Naturzustand des Krieges aller gegen alle (*Hobbes*).

Die kriegerische Desintegration des Staates Jugoslawiens führte zu einer nahezu völligen Verarmung der Bevölkerungen der Nachfolgestaaten. Diese Entwicklung sollte daher Anlass geben, auch in freiwilligen und friedlichen Integrationsprozessen – wie bereits erwähnt – Vorsorge für die Möglichkeiten eines geordneten Austritts aus einer Gemeinschaft zu treffen. Damit wären nicht nur die Eintrittsbedingungen, sondern auch der mögliche Austritt vertraglich zu regeln. Zugleich eröffnet eine Desintegration natürlich den Raum für neue Integrationsbemühungen. Dabei muss die Integration auf der lokalen Ebene beginnen.

Kommunale Verantwortlichkeiten und föderale Staatsstrukturen ermöglichen den Bürgern eine neue politische Beteiligung und Identifikation. Die notwendige Reintegration in einen größeren politischen Raum wie der Europäischen Union eröffnet den Bürgern darüber hinaus eine Zukunftsperspektive, die notwendig ist, um das derzeitige Elend überwinden zu können. Dabei ist insbesondere den lokalen und regionalen kulturellen Eigenheiten Rechnung zu tragen, um erneute Verletzungen und Traumatisierungen zu verhindern. Neben die Integration (als erster Schritt in Richtung auf eine Globalisierung) muss also eine Stärkung der lokalen und regionalen politischen Basis treten, welche die Bedeutung der nationalen Klammern und Gefühlswelten, die an die Stelle der sozialistischen Ideologie getreten sind, stark relativiert. Die Globalisierung der Wirtschaft muss also von einer Individualisierung der Gesellschaft und einer Lokalisierung der Politik begleitet sein. Das von *Straubhaar* (2001) geprägte Schlagwort heißt also Glokalisierung,

in der die Vorteile einer regionalen und internationalen Integration sich mit denen einer wachsenden lokalen und regionalen Verantwortlichkeit vereinigen. Zur Diskussion steht also eine effiziente Verteilung der staatlichen Aufgaben auf die verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften, wobei gerade föderalstaatlichen Elementen eine besondere friedensstiftende Bedeutung zukommen wird. Dann darf sich die wissenschaftliche Beratung allerdings nicht nur auf die selbstheilenden Kräfte der Märkte verlassen, sondern muss den politischen und kulturellen Besonderheiten der Regionen spezielle Bedeutung zumessen.

2.3. Dynamik von Kooperation und Integration

Sowohl im Zwei-Familien-Modell als auch im Zwei-Länder-Fall hängt der Produktionserfolg im wesentlichen von der Anfangsausstattung mit Human- und Sachkapital ab. Beides kann durch Ersparnis, aus der Kapitalbildung und Investition folgen, bzw. durch erhöhten Arbeitseinsatz bei Konstanz des Konsums erhöht werden. Nur wenn das bei beiden Familien bzw. Ländern gleichermaßen erfolgt, bleibt in evolutorischen Gesellschaften die immerhin theoretisch denkbare völlige Gleichheit des Naturzustands (siehe *Hobbes*) bzw. die Gleichverteilung des Einkommens auf die Länder erhalten. Die historische Evidenz scheint allerdings eindeutig dafür zu sprechen, dass Situationen der Gleichverteilung im evolutorischen Prozess sich nicht aufrecht erhalten lassen, bestenfalls unter extremen Knappheitsbedingungen sowie starker Bedrohung von außen zustande kommen.²¹

Die Abbildung 2 zeigt einen evolutorischen Prozess, in dem beide Familien/Länder ihre Anfangsausstattung verbessern, R aber in höherem Maße als A, sodass auch das maximal erreichbare Nutzenniveau der Familie/des Landes R stärker expandiert. Da die Anfangsausstattung verbessert wird, verschiebt sich die Nutzenmöglichkeitskurve nach Nordosten (durch höhere Quantitäten und höhere Qualitäten des Human- und Sachkapitals). Die Verteilung wird, folgen wir dem Entwicklungspfad in der Abbildung 2, von $E_0 (= W_0)$ über W_1 und W_2 ungleichmäßiger.²² Diese Ungleichheit ist auf den unterschiedlichen Einsatz von Arbeit und Kapital sowie auf divergierende Entscheidungen über Konsum und Ersparnis zurückzuführen: Die Familie/das Land R konsumiert weniger und spart mehr, kann daher mehr in ihren Kapitalstock investieren und die Produktion auch durch zusätzliche Arbeit ausdehnen, was letztlich ihre/seine Konsummöglichkeit (bzw. Tauschmöglichkeit) erhöht. Damit ist die Ungleichheit Ergebnis der Leistungsgerechtigkeit, und das ist auch für die Familie/das Land A unmittelbar zu erkennen; sie/es wird diese Ungleichheit, sofern kein Neid vorliegt, tolerieren. Wenn sich die genetisch bedingten Fähigkeiten der beiden Familien/Bürger beider Länder nicht allzu stark unterscheiden, kann die Familie/das Land A selbst zu einer Reduktion der Ungleichheit beitragen, indem sie/es ihr/sein Arbeitsangebot erhöht/erhöhen und/oder weniger konsumiert, um mehr investieren zu können.

Reagiert sie/es in diesem Sinne, bewegt sich das Optimum wieder in Richtung auf die 45° -Linie. Verglichen mit dem Naturzustand verbessert sich im evolutorischen Prozess die Lage beider Familien/Länder:

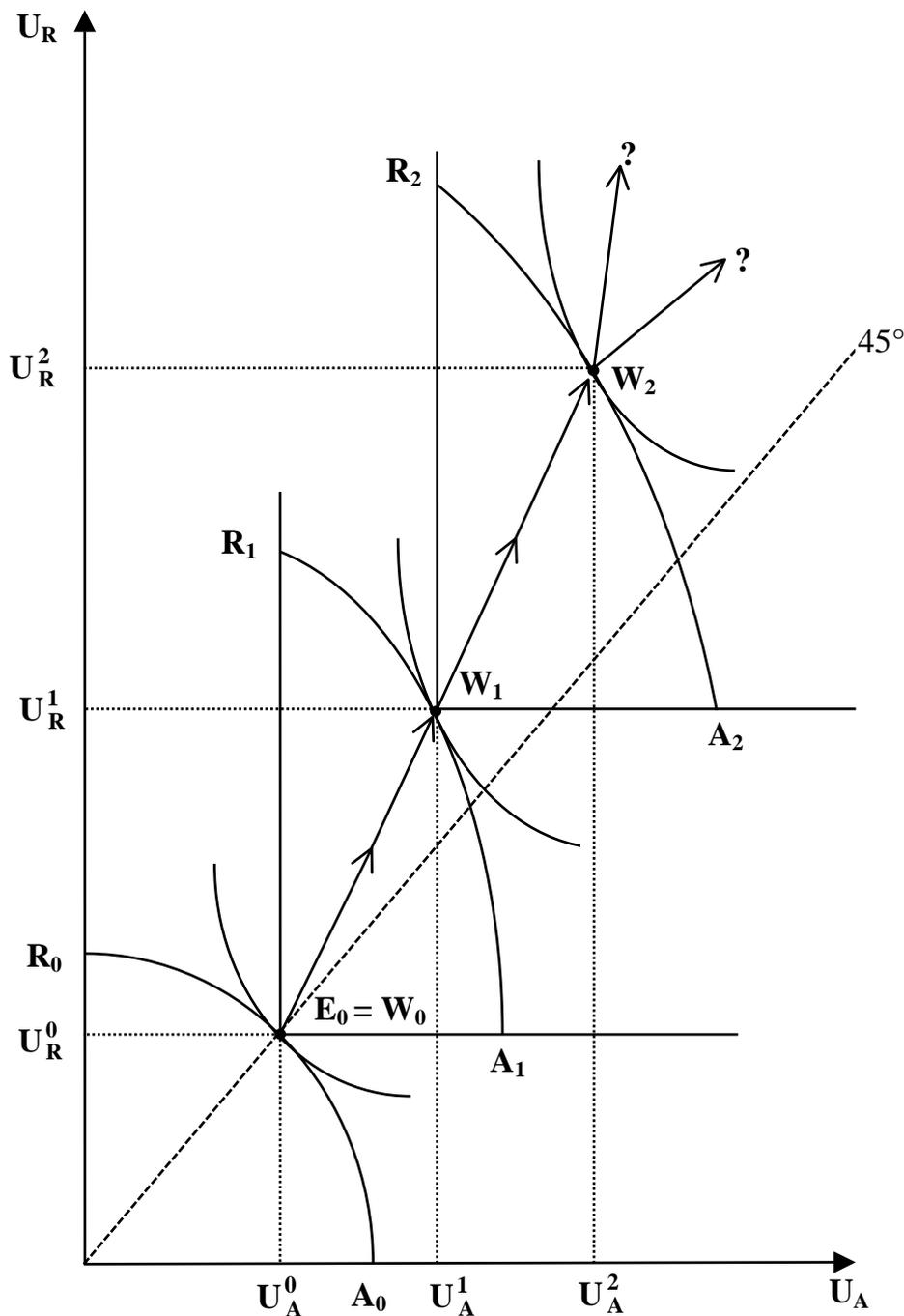
$$U_R^0 < U_R^1 < U_R^2 \quad \text{und} \quad U_A^0 < U_A^1 < U_A^2$$

das *Pareto*-Kriterium ist also erfüllt.

²¹ Vgl. *Markl* (1991, S. 274 ff.).

²² In der ersten Periode gilt $R_0 = A_0$, in den folgenden $R_1 > A_1$ und $R_2 > A_2$.

Abbildung 2: Nutzenmöglichkeitskurve bei evolutiver Gesellschaft



Ungleichheiten sind – wie erwähnt – für die gesellschaftliche Entwicklung von fundamentaler Bedeutung, reizen sie doch den Nachzügler an, den Vorreiter einzuholen, wobei dieser Prozess den Nutzen beider erhöht. Im Übrigen wird aus Abbildung 2 auch deutlich, warum beide Familien/Länder darauf verzichten, in der Ausgangssituation ihr jeweils maximal mögliches Nutzenniveau (R bzw. A) durchzusetzen. Denn sie haben erkannt, dass sie auf die andere Familie/das andere Land als Kooperationspartner angewiesen sind; erst die Arbeitsteilung zwischen beiden Familien/Ländern und die Spezialisierung in Bezug auf die Güterproduktion ermöglicht beiden, sich im Zeitablauf aus dem Nullpunkt heraus in Richtung Nordosten zu bewegen. Beide Familien/Länder handeln also im Sinne eines langfristigen Interesses, aus dem heraus moralische Normen, insbesondere solche für die Güterproduktion und den Gütertausch, abgeleitet werden

können. Somit gelten für den wirtschaftlichen Bereich keine anderen Erklärungen für die Normenentstehung als in anderen Bereichen der zwischenmenschlichen Beziehungen.

III. Pros und Cons der Globalisierung

Wenn Kooperation, Integration und Globalisierung doch so unbestreitbare Vorteile haben, wieso formieren sich gerade in jüngerer Zeit vermeintlich moderne politische Kräfte, ja globale, durch die elektronischen Medien unterstützte Netzwerke, die nach Aussagen ihrer eigenen Mitglieder völlig neue Wege beschreiten und zum Teil in militanter Art und Weise die Globalisierung bekämpfen? Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, sich mit den Argumenten für und wider die Globalisierung im einzelnen auseinanderzusetzen. Zwar hat sich – wie erwähnt – seit der Wende der Jahre 1989/90 die Geschwindigkeit der Globalisierung erheblich beschleunigt, beruhend auf der zunehmenden Liberalisierung der Weltwirtschaft und der Entwicklung moderner Transport-, Informations- und Kommunikationstechnologien, „die die Welt zu einem globalen Dorf schrumpfen ließen“.²³ Dennoch vollziehen sich die Integrationsprozesse schrittweise und in aller Regel zunächst auf regionaler Ebene, weil hier die ökonomischen Voraussetzungen – vor allem ein nicht allzu stark auseinander klaffendes Entwicklungsniveau – noch am ehesten gegeben sind.

Regionale Gemeinschaften wie die EU und Freihandelszonen wie die NAFTA (Mitglieder USA, Kanada und Mexiko) folgen zwar den multilateralen Regelungen der WHO, schaffen aber zunächst einen gemeinsamen Markt für ihre eigenen Produzenten und Konsumenten;²⁴ sie internalisieren also gleichermaßen die Integrationsvorteile im Wesentlichen in ihrem Integrationsraum. Obwohl mit dem Abschluss von Regionalabkommen gegenüber Drittstaaten keine neuen Handelshemmnisse aufgebaut werden dürfen, entsteht bei den übrig gebliebenen Ländern der Eindruck, mit neuen handelspolitischen Festungen konfrontiert zu sein. Zumindest im psychologischen Sinne nimmt dann der Wettbewerb in diesen Ländern zu, da sich die ihnen verbleibenden relevanten Absatzmärkte zu verkleinern drohen. Tatsächlich bleiben häufig die kleineren, weniger leistungsfähigen und daher auch wirtschaftlich instabilen Staaten vor den Toren der neuen Handelsgemeinschaften bzw. Gemeinschaften zwischen den Schwachen erweisen sich als nicht überlebensfähig. Der Integrations- und Globalisierungsprozess führt dann zumindest auf mittlerer Sicht zu den beschriebenen Wohlstandszuwächsen, diese verteilen sich allerdings nicht gleichmäßig auf alle Länder dieser Welt. Wie im nationalen Kontext häufig personelle Verteilungsfragen die politischen Auseinandersetzungen dominieren, spielen im globalen Kontext die Verteilungswirkungen zwischen den Ländern eine wichtige Rolle. Auf der Anklagebank befinden sich dann in aller Regel die hoch entwickelten Industrieländer, die entsprechend der alten Vorstellungen von der Wirkungsweise des Imperialismus die Länder der dritten Welt ausbeuten und damit die Verantwortung für die Unterentwicklung dieser Länder tragen.

Der Widerstand gegen die Globalisierung wird also im Wesentlichen von den wirtschaftlich vermeintlichen Schwachen in den Industrie- und Entwicklungsländern getragen, die sich als Verlierer des weltweiten Liberalisierungsprozesses sehen. Verantwortlich gemacht wird aber auch das Wirtschaftssystem, welches Liberalisierungsprozesse geradezu herausfordert. So verdammten bekannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in gemeinsamen Erklärungen und Internetdarstellungen den Turbokapitalismus²⁵ und ein bekanntes deutsches Wochenmagazin, das über Jahre hinweg trotz gewisser ideologischer Reserviertheit mit der Liberalisierung durchaus kokettiert hat, fand kürzlich wieder den Weg zurück zum Terminus „Raubtier-Kapitalismus“

²³ Enßlin (2001, S. 12).

²⁴ Vgl. Wartenberg (2001, S. 9 f.).

²⁵ Vgl. May (2001, S. 28).

– gerade auch angesichts offensichtlicher Versagenstatbestände in den Bereichen von Unternehmensmanagement und Kapitalmärkten. Dabei ist es zur Strukturierung der Argumentation sinnvoll, die Globalisierung in die Dimensionen ökonomische, umweltbezogene, kulturelle, soziale und militärische Globalisierung zu unterscheiden, wobei auf die –soziale Dimension im IV. Kapitel eingegangen werden soll.

Aus ökonomischer Sicht beklagen die Globalisierungsgegner, dass einerseits im nationalen Kontext die Globalisierung eine zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Arbeitsplätze werden in Niedriglohnländern mit sicheren Investitionsbedingungen verlagert, was zugleich eine erhöhte Arbeitslosigkeit in den kritischen Arbeitsmarktsegmenten der gering qualifizierten Arbeitskräfte zur Konsequenz hat. Das Absinken in Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe löst dann auch in hochentwickelten Ländern eine wachsende Armut aus, sodass die Einkommensverteilung ungleichmäßiger wird: die Reichen gewinnen, die Armen verlieren. Es kann daher nicht verwundern, dass die Gegner der Globalisierung in den hochentwickelten Ländern überwiegend in den unteren Einkommensgruppen zu finden sind.²⁶ Zum anderen wird behauptet, dass die Globalisierung die Entwicklungsländer schädigt, und die Kluft zu den reichen Industrieländern noch zunimmt, was vor allem auf die Liberalisierung des Welthandels zurückgeführt wird. Generell können beide Aussagen natürlich nicht richtig sein, denn eine Arbeitsplatzverlagerung in Niedriglohnländern führt bei diesen i.d.R. zu Direktinvestitionen, die – anders als oft Entwicklungs- und Finanzierungshilfe – positive Wachstumseffekte auslösen. Auch wenn die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages einen wachsenden Abstand zwischen armen und reichen Ländern konstatiert, der sich seit 1970 nahezu verdoppelt hat,²⁷ gibt es dennoch zahlreiche Anzeichen dafür, dass nicht nur die Weltarmut (gemessen am Anteil der ärmsten Menschen) seit 1987 leicht gefallen ist.²⁸ Unübersehbar ist darüber hinaus, dass sich einige Länder vor allem im südostasiatischen Bereich – trotz einer zwischenzeitlichen Wirtschaftskrise – außerordentlich erfolgreich entwickeln und den Status von Schwellenländern bereits hinter sich gelassen haben.²⁹

Im Übrigen zeigt eine Studie der Michigan University, dass ein weiterer Abbau der Handelshemmnisse vor allem in den Bereichen der Agrar- und Dienstleistungssektoren ein Wachstum der Weltwirtschaft um mehr als 600 Milliarden Dollar auslösen würde.³⁰ Wie immer man zu derartige spekulativen Berechnungen auch stehen mag, die Chancen einer weiteren Liberalisierung für die Entwicklungsländer sind weitaus positiver zu beurteilen als die Wahrscheinlichkeit, dass aufgrund des Einflusses der Globalisierungsgegner die staatliche Entwicklungshilfe wesentlich aufgestockt wird³¹ – ganz abgesehen von den häufig fatalen Folgen einer solchen Finanzierungszusammenarbeit (FZ), auf die unten noch einzugehen sein wird.

Im Zusammenhang mit der umweltbezogenen Globalisierung spielen vor allem unterschwellige Ängste bezüglich globaler Klimaveränderungen in Folge des Treibhauseffektes und die Konsequenzen der Beeinträchtigung der Ozonschicht im Vordergrund, aber bedeutsam sind auch regionale Umweltverschlechterungen wie die Zerstörung der nordischen und tropischen Regenwälder. Auch die Verlagerung umweltbelastender Technologien und Produktionen in die Trans

²⁶ Vgl. *Stokes* (2001, S. 21 f.).

²⁷ Vgl. *Deutscher Bundestag* (2002, S. 55).

²⁸ Vgl. *May* (2001, S. 29).

²⁹ So weist *Langhammer* (2002) daraufhin, „dass diejenigen Länder, die ihre Märkte nach 1980 öffneten und den Handel liberalisierten, größere Wachstumserfolge zu verzeichnen hatten als andere Entwicklungsländer“. Kurz darauf fährt er fort: „Sowohl Länderstudien als auch Länderquerschnittsanalysen stützen daher die These, dass die Globalisierung sowohl zu rascherem Wachstum als auch zur Armutsreduzierung in den armen Ländern geführt hat“.

³⁰ Vgl. *FitzGerald* (2001).

³¹ Siehe hierzu auch *May* (2001, S. 31).

formations- und Entwicklungsländer lösen Befürchtungen aus, dass die Umweltstandards nur in den hochentwickelten Ländern greifen und diese sich zulasten der anderen Länder ihrer Umweltprobleme entledigen. Dabei kommt zum Tragen, dass hohe Umweltstandards ähnlich einem superioren öffentlichen Gut sind, dessen Produktion nur möglich ist, wenn entsprechende Präferenzen hinsichtlich der Umwelt bei den Bürgern bereits ausreichend entwickelt sind. Positiv ist hier allerdings zu bemerken, dass die globale Umweltsituation der Mehrheit der Bürger in den hochentwickelten Industrieländern sehr am Herzen liegt. Obwohl die US-Regierung in dem Bereich der globalen Umweltpolitik häufig als Bremser auftritt, halten dennoch 89 % der US-Bürger die Verbesserung der globalen Umwelt für eine wichtige politische Zielsetzung und 62 % sind der Meinung, „das der Schutz der globalen Umwelt von oberster Priorität für die amerikanische Regierung sein sollte.“³²

Eine weitere Gefahr wird darin gesehen, dass – wie in dem im IV. Kapitel behandelten sozialen Bereich – die Globalisierung zu solch einer Wettbewerbsverschärfung führt, das in den hochentwickelten Industrieländern die höheren Umweltstandards nicht mehr gehalten werden können. Ergebnis wäre folglich eine „race to the bottom“.³³ Die Argumentation, das die mit hohen Umweltstandards verbundenen Zusatzkosten einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für die Industrieländer bedeuten können, wird von vielen Kritikern geteilt. Die simple Logik, das ein Umweltdumping seitens der Länder der dritten Welt, deren Bürger die Umweltzielsetzung generell weniger prioritär als die Zielsetzung einer ausreichenden Versorgung mit Konsumgütern sehen, sodass ein stetiger Erosionsprozess der Umweltstandards einsetzt, wird nicht nur von den erwähnten NGOs geteilt, sondern findet ebenfalls Zustimmung bei Gewerkschaften und Regierungen vieler OECD-Staaten.³⁴

In den Bereich der umweltbezogenen Globalisierungsängste fallen auch die Befürchtungen vieler Verbraucher, dass die Sicherheit ihrer Lebensmittelversorgung durch anonyme Weltmärkte zunehmend gefährdet wird. Das betrifft vor allem die importierten Lebensmittel, bei denen die ferne Herkunft den Verbrauchern naturgemäß eine geringe Kontrolle der Produktionsbedingungen erlaubt. Gerade die Tatsache, dass in den USA genmanipulierte Lebensmittel ohne Kennzeichnungspflicht vertrieben werden können, stößt auf eine tiefe Skepsis vieler europäischen Verbraucher. Bei allem Verständnis für derartige Befürchtungen sollte allerdings nicht übersehen werden, dass die meisten Lebensmittelskandale der jüngeren Zeit in Europa und Deutschland überwiegend hausgemacht waren.

Auch die umweltbezogenen Ängste entbehren – wie es häufig bei Phobien der Fall ist – einer realen Basis. Denn es ist keineswegs erwiesen, dass Länder, die national hohe Umweltstandards setzen, gleichermaßen zwangsläufig an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Ganz im Gegenteil: Werden von führenden Industrieländern die gegenwärtigen und zukünftigen globalen Umweltprobleme ernst genommen und bereits rechtzeitig effiziente umweltpolitische Instrumente implementiert, vollzieht sich beizeiten ein struktureller Wandel, der umweltschonende Produkte und Produktionsverfahren begünstigt. Aus mittlerer bis langfristiger Sicht ist eine rechtzeitige Internalisierung auch der globalen Umweltbelastungen ein erheblicher Wettbewerbsvorteil, der rationaler Weise von Niemandem auf der Welt beklagt werden sollte. Andererseits sind wohlinformierte Verbraucher durchaus in der Lage, eigenverantwortlich zu handeln und Qualitätsvorteile einer biologischen, heimischen Produktionsweise³⁵ gegen die Kostennachteile solcher Produkte aufzurechnen. Allerdings sollte man hier nicht in den Fehler einer generellen Lokalisierung der Agrarproduktion zurückzufallen, denn in solchen Tendenzen liegen häufig lediglich

³² Stokes (2001, S. 23).

³³ Vgl. May (2001, S. 31).

³⁴ Vgl. Scheve/Slaughter (2001).

³⁵ Vgl. zu den Vorteilen einer ökologischen Landnutzung Petersen (2001).

Neigungen zur Errichtung nicht-tarifärer Handelshemmnisse verborgen, die letztendlich wieder nur zulasten der Transformations- und Entwicklungsländer gehen.

Von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Menschen in den einzelnen Nationalstaaten ist allerdings die kulturelle Globalisierung. Diese kulturelle Revolution wird getragen von dem europäischen Wertesystem, das sich im Zusammenhang mit der Aufklärung entwickelt hat. Aufgrund der Migrationsbewegungen der letzten Jahrhunderte ist dieses Wertesystem nicht nur auf dem europäischen Kontinent, sondern auch in Nord- und – vielleicht etwas weniger ausgeprägt – Südamerika wie im pazifischen Raum (Australien und Neuseeland³⁶) verankert. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass diejenigen Staaten, die sich zu diesem Wertesystem bekennen, gemessen am materiellen Wohlstand zu den erfolgreichsten der Erde gehören. Während die imperialistische Ausbeutungslehre heute eher in den Bereich marxistischer Legendenbildung oder eines allgemeinen Verschwörungssyndroms zu verorten sein dürfte, ist der europäische oder amerikanische Lebensstil tatsächlich eine ungeheure Herausforderung für viele Menschen dieser Erde und entfaltet zweifellos auch eine solche Attraktivität, das eine kulturelle Nivellierung unverkennbar ist.

Sicherlich hat sich in den vergangenen Dekaden seit dem 2. Weltkrieg eine epochale kulturelle Transformation vollzogen, die seit dem Beginn der 70er Jahre noch durch die vielfältigen Wirkungen moderner Massenmedien unterstützt wird. Das Wertesystem der offenen Gesellschaft³⁷ im Zusammenhang mit seiner gesellschaftlichen und ökonomischen Effizienz hat das Bollwerk des realen Sozialismus auf dem Wege eines weitgehend friedlichen Systemwettbewerbs zum Einsturz gebracht. Der Widerstand der Bevölkerungen insbesondere in Mittel- und Osteuropa gegen sozialistischen Bevormundung und Unterdrückung war vor allem aus der Hoffnung getragen, in einem demokratischen Marktsystem nicht nur freier leben, sondern auch die materiellen Vorteile genießen zu können. Auch wenn letztere sich aufgrund der vielfältigen Transformationsprobleme für viele Bevölkerungsschichten noch nicht haben realisieren lassen, trifft dennoch die Liberalisierung in vielen Bereichen auf große Zustimmung. Aber natürlich gibt es auch in diesem eher psychologischen Feld Menschen, die Verlustempfindungen entwickeln und Gefühle von Entfremdung und Hoffnungslosigkeit äußern. Hinzu kommt die Tatsache, das sich die tradierte Moral und Ethik verändern, was aufgrund subjektiver Einschätzungen häufig als Verschlechterung empfunden wird.³⁸

Mit dem Problem von Ethik und Moral im kulturellen Kontext ist im Übrigen ein Problemkreis angerissen, bei dem die Globalisierungsgegner wohl besonders einseitigen Denkmustern folgen. Während privatwirtschaftliche Aktivitäten und vor allem privates Unternehmertum mit dem Schlagwort des Raubtier-Kapitalismus abqualifiziert und ihrer ethischen Grundlage beraubt werden, genießen staatliche Aktivitäten und Instrumente einen überaus positiven Ruf. In diesem simplen Weltbild existiert also nur Marktversagen, das durch die segensreichen Interventionen von offenkundig altruistischen und allwissenden Politikern und Bürokraten nachhaltig kuriert werden kann. Das diese Annahmen über die Verteilung der ethischen Wertigkeiten auf die Akteure in demokratischen Gesellschaften arg naiv ist, hat sich in diesen Gruppen nicht herumgesprochen. Während sich Moderne Politische Ökonomie und Institutionenökonomik nunmehr seit Dekaden mit dem Versagen von Nicht-Marktorganisationen (insbesondere auch der NGOs) auseinandersetzen und Politik-, Bürokratie-, Demokratie- und Staatsversagen in aller Ausführlichkeit thematisiert haben,³⁹ tauchen diese Probleme im Argumentationskreis der Globalisierungsgegner gar nicht erst auf. Kein Wunder, wenn man sich auf den Webseiten dieser NGOs einmal

³⁶ Vgl. dazu *Petersen* (1997).

³⁷ Zur näheren Beschreibung vgl. *Petersen* (1993).

³⁸ Vgl. *Stokes* (2001, S. 23).

³⁹ Vgl. *Petersen/Müller* (1999, S. 178 ff.).

die angegebenen „links“ betrachtet.⁴⁰ Schaut man hinter die Kulissen der angegebenen schönen Namen der Institutionen, dann tauchen dort aus dem Kreise der Wissenschaft die Namen altbekannter Bremer Wirtschaftswissenschaftler auf, verstärkt durch einige Politik- und Gesellschaftswissenschaftler des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin. Außerdem natürlich die gewerkschaftlichen „links“ von Verdi bis zur Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und zum WSI – alles Gruppen und Institutionen, die schon zu den Vorwendezeiten ausgeprägt antikapitalistische Ressentiments geschürt haben, und nun den „internet-gestützten, globalen Netzwerken“ einen angeblich neue Ideologie liefern, um wieder den Kampf gegen die unmoralischen Kapitalisten aufzunehmen. In Wahrheit handelt es sich um die verquaste Ideologie der übriggebliebenen Alt-68er, die nie in ihrem Leben etwas hinzu gelernt, aber immer im Kapitalismus gut gelebt haben. Das hier alter Wein in neuen Schläuchen verkauft wird, fällt vielen dieser neuen Netzwerkmenschen nicht auf.

Dabei sind Marktversagens- und Staatsversagenstatbestände oft nicht auf den Einsatz dieser gesellschaftlichen Instrumente an sich zurückzuführen, sondern häufig auf das Moralversagen der involvierten Akteure. Märkte führen nur dann zu moralischen Ergebnissen, wenn die Marktteilnehmer (Konsumenten und Produzenten) auch moralisch handeln. Ähnlich ist es bei dem Einsatz staatlicher Instrumente, wobei moralisches Verhalten der Politiker und Bürokraten vorauszusetzen ist. Dass das nicht einmal in hochentwickelten, demokratischen Industriegesellschaften immer der Fall ist, wird jedem Wahlbürger in den letzten Jahren deutlich geworden sein. Korruption im Privat- und Staatssektor ist zum Teil unvermeidliche Nebenerscheinung eines freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, die allerdings immer bekämpft werden muss, da sie die fairen Regeln einer Leistungsgesellschaft außer Kraft setzt, die Systemakzeptanz seitens der Bürger gefährdet und damit die politische Beteiligung unterminiert.

Moralversagen bildet allerdings auch das entscheidende Problem im Entwicklungs- und Transformationskontext. Vor allem die entwicklungspolitischen Misserfolge im Zusammenhang in der bisherigen finanziellen Entwicklungszusammenarbeit, aber auch finanzielle Unterstützungsmaßnahmen in vielen Transformationsstaaten (FZ) haben nicht die erwarteten Erfolge gezeigt; trotzdem fordern viele Globalisierungsgegner die undifferenzierte Aufstockung der Mittel zur FZ, am besten als bestimmten Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts der Industrieländer. Das dabei die privaten Direktinvestitionen weitgehend vernachlässigt werden, vermag nicht zu überraschen. Dabei hat die Finanzierungszusammenarbeit nur in den seltensten Fällen die eigentlichen Hilfsadressaten – nämlich die armen Bevölkerungsteile in den Entwicklungs- und Transformationsländern – erreicht. Vielmehr sind die Mittel überwiegend in dunklen Kanälen versickert, ohne das es den internationalen Organisationen und Geberländern jemals möglich war, die Zweckentfremdung dieser Mittel zu unterbinden.

Denn gerade der politische, bürokratischen und militärische Komplex in diesen Ländern – überwiegend aufbauend auf den verwobenen Netzwerken ehemaliger sozialistischer Einheitsparteien – hat von diesem durch sie selbst fehlgeleiteten Entwicklungsmitteln erheblich profitiert. Die Entwicklungsmisserfolge sind also nicht etwa verursacht durch eine zunehmende Ausbeutung dieser Länder, die durch die Entwicklungshilfe nur geringfügig kompensiert worden ist. Vielen dieser ehemaligen Kolonialländer ist es nämlich unter der Kolonialherrschaft materiell erheblich besser gegangen als in der Unabhängigkeit, welche diese Länder vor vier bis fünf Dekaden erhalten haben. Die politische Unabhängigkeit ist vielmehr ausgebeutet worden von einer kleinen Kaste von politischen Führungskräften, die vor allem sich selbst und ihr nahes Umfeld besser gestellt haben, ähnlich wie die ehemalige Nomenklatura auch in einigen Transformationsstaaten heute noch funktioniert. So liegen die Ursachen für entwicklungs- und transformationspolitische Misserfolge eben nicht im Marktversagen des kapitalistischen Systems begründet, sondern im

⁴⁰ Vgl. beispielsweise die links bei Attac unter <http://www.attac-netzwerk.de/links.php> (09.09.2002).

Moralversagen der alten politischen Eliten. Und dieses Moralversagen wird sogar noch durch die oben erwähnten Wissenschaftler unterstützt, die in ihrer Ignoranz gegenüber anderen Weltbildern nie ihre eigenen Standpunkte hinterfragt haben und insofern den jungen Menschen in den NGOs eher ein schlechtes Beispiel geben. Leider sind die Probleme dieser Welt eben nicht mit einfachen Mitteln zu lösen, wie sie sich beispielsweise im Vorschlag der Tobin-Steuer ausdrücken.

Vielmehr ist das Moralversagen in Politik und Verwaltung aktiv zu bekämpfen; und hier mag auch die bisherigen Entwicklungs- und Transformationsberatung versagt haben. Es genügt eben nicht, die notwendigen marktwirtschaftlichen Regulierungselemente gesetzlich zu verankern, sondern Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg bildet in erster Linie die Existenz eines korruptionsfreien Systems aus Politik und Verwaltung.⁴¹ Wenn auch in Deutschland Vieles im staatlichen Bereich als wenig effizient erscheint und natürlich auch etliche Politiker eine gewisse Anfälligkeit für Moralversagen zeigen, ist dennoch die Tatsache hervorzuheben, dass die große Mehrheit der Akteure in Rechtsprechung, Verwaltung und Politik durchaus hohen ethischen Werten folgt. Die Ausnahmen bestätigen eher im *Popperschen* Sinne die Richtigkeit der gemachten Aussage.

Die Botschaft für eine zukünftig erfolgreiche Entwicklung kann also nur sein, in Rechtsprechung, Politik und Verwaltung ein Berufsethos (code of conduct) zu verankern,⁴² das Korruption ablehnt, wobei selbstverständlich auch auf effiziente rechtliche Sanktionierungen zu achten ist. Erst dann kann ein demokratisches Marktsystem zu den materiellen Erfolgen beitragen, wie sie in den Staaten der westlichen Welt zum Teil seit Generationen zu beobachten sind. Ein solcher Erfolg kann natürlich nicht von heute auf morgen erzielt werden, trifft diese Umstellung zum Teil auf erhebliche kulturelle Widerstände, zumal in einigen Ländern der Begriff eines „ehrbaren Kaufmanns“ einfach nicht zu deren kulturellen Lebenswelten zählt. Darüber hinaus müssen die herrschenden Schichten bei einem solchen Ansatz zunächst bei sich selbst die Verantwortung suchen, bevor sie anonyme internationale kapitalistische Kräfte auf die Anklagebank setzen können. Viel einfacher ist es natürlich, alle Fehlentwicklungen einem möglichst großzügig interpretierten Marktversagen zuordnen zu können und damit sich auch gegenüber der eigenen politischen Klientel zu entlasten. So ist bereits eine Dekade nach der Wende in vielen Transformationsstaaten die Marktwirtschaft politisch desavouiert, obwohl die effizienten Komponenten eines solchen Systems noch gar nicht implementiert waren. Das dadurch die Akzeptanz auf Seiten der Bürger gefährdet wird, war eine Tendenz, die bereits vor Jahren deutlich zu Tage getreten ist.⁴³

Der Hinweis auf den „ehrbaren Kaufmann“ soll im Übrigen verdeutlichen, dass selbstverständlich auch im Privatsektor die große Mehrzahl der Akteure die kulturell vorgegebenen moralischen Maßstäbe einhält, wobei hier allerdings eine altruistische Verpflichtung im geringeren Maße als bei Akteuren im staatlichen Sektor gegeben ist. Unternehmer und Manager wissen in aller Regel sehr wohl, dass ein Verstoß gegen den beruflichen Ehrenkodex früher und später Sanktionen gesellschaftlicher Art nach sich zieht. Und eine effiziente Unternehmensführung beinhaltet auch die Formulierung eines entsprechenden Ehrenkodex, der zur Orientierung, aber

⁴¹ Eine solche Forderung wird immer wieder von den internationalen Organisationen erhoben; gerade bei der Neuordnung der Staatensysteme im ehemaligen Jugoslawien spielt sie eine gewichtige Rolle. Leider wird nur wenig unternommen, um diese Forderung auch aktiv durch eine Konditionierung im Zusammenhang mit der FZ durchzusetzen. Vgl. hierzu insbesondere „A Comprehensive Anti-Corruption Strategy for Bosnia and Herzegovina“ unter http://www.ohr.int/ohr-dept/afd/ac-cor-strat/default.asp?content_id=5240 (09.09.2002).

⁴² Vgl. vor allem Garolfo (2000) unter http://spaef.com/GVER_PUB/2_4/2_4_4_garofalo.html (09.09.2002). Gerade in den USA wird das im Zusammenhang mit den Instrumenten des „new public managements“ intensiv diskutiert. Siehe in diesem Zusammenhang auch die anderen Veröffentlichungsorgane der Southern Public Administration Education Foundation, INC. unter <http://www.spaef.com/> (09.09.2002).

⁴³ Vgl. hierzu *Petersen/Müller* (1995, S. 131 ff.).

auch Motivation der Mitarbeiter der Unternehmen auf die langfristigen Unternehmensziele, die oft über die lebende Generation hinaus reichen, dient. Die klassenkämpferische Berufung auf den alten Antagonismus von Arbeit und Kapital wird hier nicht zu einer Wiederbelebung sozialistischen Gedankenguts beitragen, da der Mehrzahl der Arbeitnehmer durchaus deutlich geworden ist, dass die Kapitalbildung die Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaftssystem ist. Viele liberale Wirtschaftswissenschaftler betonen die Wichtigkeit des Unternehmertums ja insbesondere deswegen, weil bei ihnen eine besondere Kapitalbildungsfähigkeit unterstellt werden kann, die zudem in innovative Investitionsvorhaben, die Arbeitsplätze schaffen, umgesetzt werden kann. Unternehmerfreundlichkeit ist somit indirekte Arbeitnehmerfreundlichkeit, hat also nichts mit einer einseitigen Stellungnahme zugunsten von Kapitalinteressen zu tun. Letztere spielen zunehmend bei Arbeitnehmern eine Rolle, je stärker diese auch in die Kapitalbildungsfähigkeit hineinwachsen.

Zu der Schwarz-Weiß-Malerei der Globalisierungsgegner und ihrer wissenschaftlichen Büchsenspanner gehört auch das Problem der militärischen Globalisierung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist nur die USA als militärische Supermacht übrig geblieben und hat damit zweifellos den Status eines Machtmonopolisten erhalten. Kein anderes Land dieser Welt verfügt derzeit über das Potenzial, weltweit intervenieren zu können. Ein solches Machtmonopol ist sicherlich nicht unproblematisch und kann zumindest temporär durchaus Anlass zu massiven Fehleinschätzungen sein. Aber offene Gesellschaften, zu denen unbestritten die USA zählen, auch wenn Vieles dort weitaus weniger liberal organisiert ist, als von europäischen Politikern häufig der Einfachheit halber unterstellt wird, sind durchaus in der Lage, die Gefahr eines eigenen Machtmissbrauchs zu erkennen.

Den Amerikanern aber generell imperiale Gelüste zu unterstellen, ist eine besonders subtile Form des Antiamerikanismus, in dem sich allzu oft der Antiglobalismus manifestiert.⁴⁴ Natürlich übt die amerikanische Kultur und die englische Sprache auf die Jugend dieser Welt eine immense Anziehungskraft aus, sodass gerade ältere Menschen ihren jeweiligen Kulturraum gefährdet sehen. „Folglich gehen in vielen Ländern Globalisierungsängste und Ausländerfeindlichkeit Hand in Hand.“⁴⁵ Hier treffen sich dann die Ängste des extrem linken mit denen des extrem rechten politischen Spektrums. Aber diesen Wettbewerb der Kulturen müssen eben auch die alten Kulturen über sich ergehen lassen, ohne dass man museale Schutzzäune errichten kann. Und die überkommenen Kulturen können durchaus zählebig sein, wie die seit einiger Zeit zu beobachtenen Wiederbelebung zahlreicher regionaler Sprachen und Dialekte belegt. Auch hier wirkt die oben erwähnte Globalisierung,⁴⁶ sodass man durchaus zuversichtlich sein kann, dass viele unterschiedliche Kulturelemente auch in Zukunft das Leben auf dieser Welt bestimmen werden.

IV. Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Dem Problem von Globalisierung und sozialer Gerechtigkeit wird insbesondere deswegen ein besonderes Kapitel eingeräumt, weil ein dem Umweltdumping ähnliches Sozialdumping nicht nur von den Vertretern vieler NGOs befürchtet wird, sondern auch von dem Münchener Ökonomen *Hans-Werner Sinn*, der die „new systems competition“ für eine mögliche Erosion des sozialen Wohlfahrtsstaats verantwortlich machen möchte. Dabei mag den einen oder anderen Leser diese Koalition durchaus überraschen, bedenkt man die ansonsten von *Sinn* bezogenen politischen Positionen. Er geht bei seinem Sozialstaatsansatz von einem Verfassungsvertrag aus, in dem sich die Generationen – offenkundig in effizienter Art und Weise – gegen die lebenszykli

⁴⁴ Vgl. *Stokes* (2001, S. 24).

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Vgl. *Straubhaar* (2001).

schen Risiken absichern. Dabei sind die leistungsfähigen Bürger die Nettozahler von Steuern und Beiträgen, während die weniger leistungsfähigen Bürger die Nettoempfänger von Transfers sind.⁴⁷ Somit wird letztendlich das Problem der sozialen Sicherung als ausschließliches Problem der Einkommensredistribution gesehen; ein möglicher Risikoausgleich über Versicherungsmärkte, der in weiten Bereichen die personelle Umverteilung ersetzen kann, bleibt außerhalb der Betrachtung.⁴⁸

In einer internationalen Umwelt mit lauter solch effizienten Sozialsystemen wirkt dann bei freier Wanderung der Personen natürlich sein „Selektionsprinzip“: „It drives away the rich, increases the supply of factors offered by them in other countries and in this way lowers their factor payments abroad. And it attracts the poor, whereby factor payments rise elsewhere. In this way the income distribution in other countries becomes more even and the degree of goal performance of social policy in these countries rises. Since the positive external effects are not taken into consideration in national social policies, systems competition brings about an underprovision of social policy.“⁴⁹

Spiegeln die Hypothesen die realen Verhältnisse wider und ist die Migration tatsächlich monokausal durch die Belastungsdifferenzen der Leistungsfähigen bzw. die Transfervorteile der Nicht-Leistungsfähigen verursacht,⁵⁰ dann wird es unbestritten zu einem „race to the bottom“ kommen. Der häufig im neoliberalen Sinne argumentierende Autor marschiert also entlang einer Argumentationslinie, gleichermaßen Arm in Arm mit Neosozialisten von Attac und den anderen, zum Teil extrem militanten NGOs,⁵¹ ganz zu schweigen von den Gewerkschaften, die in Deutschland seit fast zwei Dekaden jede noch so notwendige Reform des überzogenen Wohlfahrtsstaats mit dem Totschlagsargument der „sozialen Demontage“ verhindert haben.⁵²

Worin liegt die Wirkung des *Sinns*chen „selection principle“ begründet? Vor allem in der simplifizierenden Annahme, dass der Staat diejenigen Aufgaben übernimmt, die vom privaten Sektor nicht ausgeführt werden können.⁵³ Es ist also eine klare Grenzziehung zwischen dem Angebot reiner öffentlicher Güter und Redistribution sowie den privaten Gütern möglich, sodass der Staat die ihm eigenen Aufgaben in effizienter Weise durchführt. Von allen Abgrenzungsproblemen zwischen staatlichem und privatem Sektor wird abstrahiert – ein Problemfeld, mit der sich insbesondere die Moderne Politische Ökonomie auseinandersetzt. Die Tatsache, dass die existierenden Staaten in ihrer überzogenen Sozialpolitik weit über den nur schwer abzugrenzenden Kernbereich staatlicher Tätigkeit in die privaten Märkte (vor allem Versicherungsmärkte) eingebrochen sind, kommt allein deshalb nicht zum Tragen, weil für *Sinn* Versicherung nichts anderes als Einkommensredistribution ist, wobei es laut *Sinn* Aufgabe des sozialen Wohlfahrtsstaats⁵⁴ ist, „protection against inequality in lifetime income“⁵⁵ zu bieten. Genau diese wohlfahrtsstaatliche

⁴⁷ Zu Einzelheiten vgl. *Sinn* (2001, S. 13 ff.).

⁴⁸ Das ist typisch für beinahe alle Ausführungen von *Sinn* zu sozialen Problemstellungen, obwohl die Differenzierung von Verteilungsökonomik und Versicherungsökonomik in Deutschland eine alte und gute Tradition hat; vgl. *Liefmann-Keil* (1961) und *Petersen* (1989, S. 16 ff.).

⁴⁹ *Sinn* (2001, S. 14).

⁵⁰ Auch diese monokausale Migrationserklärung entspricht natürlich keineswegs den Realitäten; es gibt viele kulturelle Faktoren, welche die möglichen Wanderungsanreize ökonomischer Variablen bei weitem ausgleichen; vgl. *Petersen* (1994, S. 229 ff.).

⁵¹ Ein besonderes Beispiel bildet hier die Gruppe „gipfelsturm“, deren Internetauftritt besonders aggressiv aufgemacht ist; vgl. <http://www.gipfelsturm.net/> (09.09.2002).

⁵² Vgl. *Petersen* (1989, S. 245 f.).

⁵³ Vgl. *Sinn* (2001, S. 12).

⁵⁴ Dabei werden wichtige Unterschiede in den Begriffen von Sozial- und Wohlfahrtsstaat, wie sie vor allem von *Zapf* u.a. (SFB 3) herausgearbeitet worden sind, ignoriert.

⁵⁵ *Sinn* (2001, S. 14).

Zielsetzung des „Schutzes vor Ungleichheit“ hat nämlich zu einer völlig überzogenen Umverteilung geführt, die in der Realität eben nicht von „Reich“ zu „Arm“ geht, sondern häufig Umverteilung von der einen in die andere Tasche der Bürger ist und zudem noch oft in perverser Richtung zugunsten wohlhabenderer Schichten ausgerichtet ist. Ungleichheit wurde vielmehr oben als konstitutives Prinzip von Leistungsgesellschaften herausgestellt; folgt man einem übertriebenen Egalitarismus, werden die Grundbedingungen eines marktwirtschaftlichen Ansatzes zerstört.

In der Realität sind darüber hinaus die konkurrierenden realen Staaten alles andere als effiziente Wohlfahrtsstaaten. Aufgrund der im historischen Prozess kumulierenden staatlichen Intervention gerade in private Versicherungsmärkte sind durchaus andere, effizientere Regime einer sozialen Sicherung vorstellbar, als sie in den heutigen Wohlfahrtsstaaten implementiert sind. An die Stelle eines staatlichen Zwangsversicherungsmonopols, das zudem noch zu einem beachtlichen Umfang Aufgaben der personellen Umverteilung – vor allem der Grundsicherung – übernimmt, könnte durchaus ein privat organisiertes, allerdings effizient staatlich reguliertes Versicherungssystem treten, in dem die schlechten Risiken und die Gesellschaftsmitglieder, die im Bereich der absoluten Armut leben, eine entsprechende Transferzahlung für Prämienzahlungen zur Abdeckung von Grundrisiken in den im Wettbewerb stehenden Privatversicherungen erhalten. Die unbestritten staatliche Umverteilungsaufgabe würde sich dann auf die Grundsicherung seiner Bürger beschränken, die zudem über Steuern zu finanzieren wäre. Die leistungsfähigen Bürger könnten in einem solchen System ihre Versicherungsniveaus eigenverantwortlich festlegen, während die weniger leistungsfähigen Bürger ein staatlich garantiertes Grundsicherungsniveau und eine Abdeckung von Grundrisiken im regulierten Privatversicherungssystem erhalten würden.⁵⁶

Es ist also zweifellos möglich, staatliche Aufgaben des überzogenen Wohlfahrtsstaats zu privatisieren und damit Effizienzgewinne zu realisieren. Ohne staatliche Intervention wird man in keinem Falle auskommen, wie die angesprochenen Probleme von Regulierung und Grundsicherung belegen. Zwingt der *Sinnsche* „neue Systemwettbewerb“ die heutigen Wohlfahrtsstaaten zu solchen Reformen, dann steht nicht ein „race to the bottom“, sondern ein erheblicher Effizienzgewinn zur Debatte, der gerade auch den wirklich Armen in der Gesellschaft zugute kommen könnte; denn die bisherigen Kürzungen im sozialpolitischen Bereich haben oft die Wohlhabenden weitaus weniger zur Kasse gebeten als die tatsächlich Bedürftigen.

Der theoretische Ansatz von *Sinn* wird aufgrund der Annahme einer effizienten und klar abgrenzbaren Staatstätigkeit den realen Verhältnissen nicht gerecht. Die Einordnung des versicherungsimmanenten Risikoausgleichs in die allgemeine staatliche Umverteilungsaufgaben, die zudem noch mehr Gleichheit herstellen sollen, ist ein Rückfall in an sich überholte sozialpolitische Konzeptionen, die allerdings von gewerkschaftlichen Interessengruppen noch heftig gepflegt werden. Vertreter der Versicherungstheorie, aber vor allem die Versicherungspraxis müsste angesichts einer solchen theoretischen Missachtung einhellig aufschreien; wie man allerdings als moderner Ökonom den Versicherungssektor, der im Dienstleistungsbereich zu den entscheidenden Trägern des wirtschaftlichen Wachstums gehört, derart vernachlässigen kann, muss schon verwundern. Darüber hinaus wird die monokausale Migrationserklärung den Realitäten nicht gerecht.

Die sozialpolitischen Reformen der jüngeren Zeit in vielen europäischen Staaten (vor allem in Skandinavien, den Niederlanden und Großbritannien), die zum Teil einen erheblichen Abbau des überzogenen Wohlfahrtsstaats zur Zielsetzung hatten, sind überwiegend auf gesellschaftliche Akzeptanz gestoßen. Sie haben die Leistungsfähigen entlastet, ohne die Nicht-Leistungsfähigen über Gebühr zu strapazieren. Natürlich werden immer bestimmte Interessengruppen eine jegliche Sozialstaatsreform mit dem Schlagwort „soziale Demontage“ belegen, zumal das Anspruchsver

⁵⁶ Siehe hierzu das sozialpolitische Konzept des Heidelberger Kreises; vgl. *Petersen/Raffelhüschchen* (2000).

halten vieler Bürger sprichwörtlich ist. Dennoch sind in diesen Ländern – anders als in Deutschland – Effizienzgewinne realisiert worden, die ihre Wettbewerbssituation im globalen Sinne erheblich gestärkt haben.

Um es abschließend zu diesem Kapitel nochmals zu verdeutlichen: Eine grundlegende Steuer- und Sozialreform, wie sie beispielsweise vom *Heidelberger Kreis* vorgeschlagen wird, bedeutet eben nicht eine soziale Demontage. Der überzogene staatliche Eingriff in das Versicherungswesen wird erheblich zurückgeführt und der Staat wird auf seine eigentliche Umverteilungsaufgabe, die Grundsicherung, beschränkt. All das führt zusammen mit einer marktorientierten Reform der Einkommensbesteuerung⁵⁷ zu einer fundamental erhöhten Systemdynamik, die vor allem auf mittlere und längere Sicht auch eine Verbesserung der Grundversicherungs- und Grundsicherungsleistungen ermöglichen wird. In einem effizient abgestimmten System von Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit wird der liberale Sozialstaat für die Leistungsfähigen kostengünstiger; da er sich zugleich auf die wirklich Armen und Bedürftigen in der Gesellschaft beschränkt, werden auch deren Interessen besser gewahrt. Die soziale Globalisierung, die den überzogenen Wohlfahrtsstaat als nicht mehr finanzierbar darstellt, hat also durchaus segensreiche Wirkungen. Denn bei weitem nicht alles, was der deutsche Wohlfahrtsstaat heute hervorbringt, darf als soziale Erungenschaft verteidigt werden.

V. Abschließende Bemerkungen

Lässt man die Kontra-Argumente der Globalisierungsgegner Revue passieren, wird schnell deutlich, dass sie dem vermeintlich hinter ihnen stehenden hehren ethischen Anspruch nicht gerecht werden. Dass im politisch/staatlichen Bereich nur die guten Menschen tätig sind, während der Privatsektor den „Hort des Bösen“ bildet, stellt eine naive Verortung dar, der schon der reale Sozialismus erlegen war. Es ist daher eine wohl sichere Prognose, dass ein ähnliches Schicksal auch diesen Neosozialismus ereilen wird – hoffentlich bevor wieder einige unglückliche Staaten dieser Welt auf einen dritten Weg geschickt werden, der – einem Zitat von *Václav Klaus* folgend – unmittelbar in die dritte Welt führt.

Die moralische Keule, die von vielen Globalisierungsgegnern geschwungen wird, trifft sie letztlich selbst. Denn nicht ein ausgewogenes liberales Politikverständnis, das die Bedeutung des Privatsektors für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung betont, baut auf unethischen oder gar inhumanen Annahmen auf. Denn Konsumenten (in ihrer Konsumentensouveränität) sind nicht etwa schutzlos den Produzenteninteressen ausgeliefert. In der heutigen Informationsgesellschaft hat jeder die Möglichkeit, sich über die vielfältigen Konsequenzen seines persönlichen Verhaltens zu unterrichten, sodass eigenverantwortliches Handeln längst das Gebot der Stunde sein sollte. Gelingt es dann über die staatliche Rahmenordnung und Regulierung verbunden mit einer Erziehung in Richtung auf gesellschaftliche Grundwerte überwiegend „ehrbare“ politische wie ökonomische Akteure in einer Gesellschaft zu vereinigen, steht dem materiellen wie immateriellen Erfolg einer solchen offenen Gesellschaft nichts mehr im Wege.

Natürlich erfordert eine erfolgreiche liberale Gesellschaft Bürger, Politiker, Bürokraten, aber auch Verbandsvertreter, die diesen moralischen Ansprüchen gerecht werden. Dabei ist in freiheitlichen Gesellschaften immer auch (unmoralisches) Trittbrettfahren und moralisches Risikoverhalten nicht auszuschließen, aber durch faire Regeln doch so weit wie möglich zu begrenzen. Der Neosozialismus der Globalisierungsgegner baut hingegen auf der Manipulation gesellschaftlicher Neidkomplexe auf, weil nur dann auch eine entsprechendes Klima der gesellschaft

⁵⁷ Vgl. zu Einzelheiten *Rose* (2002) und <http://www.einfachsteuer.de/idee/download/Konzept.pdf> (09.09.2002).

lichen Auseinandersetzung (Klassenkampf) bzw. gar Gewaltbereitschaft erzeugt werden kann. Allein deshalb ist sein moralischer Anspruch weit unterhalb dem des Liberalismus einzuordnen.

Unbenommen davon bleibt die durchaus verständliche Kritik an der Arbeit vieler internationaler Organisationen, die ebenfalls zum Teil auf einer einseitigen ideologischen Grundlage beruht, häufig wenig Respekt vor kulturellen Besonderheiten in den Nehmerländern entwickelt, begleitet ist von einem oft arroganten Auftreten der Repräsentanten und – nicht zuletzt – häufig enorme Misserfolge aufzuweisen hat. Dennoch geht das Argument der Globalisierungsgegner, IWF, Weltbank und WHO seien nicht demokratisch kontrolliert, an der politischen Realität vorbei. Immerhin werden diese Organisationen durch die demokratisch gewählten Regierungsvertreter der Mitgliedsländer kontrolliert.⁵⁸ Die zudem häufig beklagte Intransparenz kann teilweise durchaus nachvollzogen werden. Hier gilt es einiges zu verbessern.

Insgesamt hat die Globalisierung also durchaus positive Wirkungen. Ohne Wettbewerb zwischen den Steuer- und Sozialsystemen der Nationalstaaten drohen nicht nur ein überzogener Steuer- und Wohlfahrtsstaat, sondern auch in unseren demokratischen Systemen auch Tendenzen in Richtung auf den Leviathan und einen totalitären Machtmissbrauch, wie dieser heute noch in vielen existierenden Entwicklungs- und Transformationsländern an der Tagesordnung ist. Ein Umwelt- und Sozialdumping steht also nicht zu befürchten; denn beispielsweise die Bereitschaft der Bürger eines Landes, zugunsten der Armen auf Einkommensteile zu verzichten, ist nicht ausschließlich ökonomisch motiviert, sondern insbesondere von den kulturellen und religiösen Vorstellungswelten beeinflusst. Weil eben Deutsche traditionell in einem anderen kulturellen Umfeld leben als beispielsweise US-Amerikaner, wird natürlich das deutsche System der sozialen Sicherung immer anders aussehen als in den USA. Es mag auch durchaus sein, das es in Deutschland kulturell bedingt eine höhere Ungleichheitsaversion als in den USA gibt. Folglich muss und wird dann auch das Ausmaß der staatlichen Umverteilung höher sein, und das sogar ohne negative Auswirkungen auf die individuellen Verhaltensweisen. Ein „race to the bottom“ droht allein aufgrund der Bedeutung dieser eminent wichtigen kulturellen Faktoren nicht. Davon bleibt völlig unbenommen, dass man zumindest den an sich leistungsfähigen, aber faulen Sozialhilfeempfängern den Weg in eine anständige Arbeit institutionell erleichtern muss.

Im internationalen Kontext der Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit mit den Transformationsstaaten ist der Weg über eine ausschließliche Finanzierungszusammenarbeit ein Weg in die Sackgasse. Vordringlich ist hier eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Beratung im Sinne der Technischen Zusammenarbeit (TZ). Sofern eine FZ unabdingbar sein sollte, ist über klare Konditionierungen der Projekterfolg sicherzustellen; anderenfalls drohen die Fördermittel in dunklen Kanälen zu versickern. Die Kombination aus TZ und konditionierter FZ eröffnet zudem die Möglichkeit, auch das notwendige politische Druckpotential bei der Umsetzung der Beratungsprojekte zu entfalten. Denn Entwicklungs- und Transformationsberatung kann keine diplomatische Aufgabe sein, bleibt doch die Umsetzung harter politischer Konsolidierungsprozesse erforderlich, der sich Politiker in aller Welt gerne entziehen.

⁵⁸ Vgl. *May* (2001, S. 32).

Literatur

- Buchanan, James M.: Freedom in Constitutional Contract. Perspectives of Political Economy. College Station, London 1977.
- Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/9200, Berlin 2002.
- Enßlin, Klaus: Globalisierung kontra Nationalisierung. Raumfahrt im Spannungsfeld nationaler Egoismen. In: Internationale Politik, Juli 2001, Nr. 7, 56. Jahr, S. 12 – 18.
- FitzGerald, Niall: The World Needs a Successful New Trade Round. In: International Herald Tribune, 08.06.2001.
- Garolfo, Charles: Globalization, Moral Justification, and the Public Service. In: Global Virtue Ethics Review, Vol. 2, 2000 (http://spaef.com/GVER_PUB/2_4/2_4_4_garofalo.html).
- Heuser, Uwe Jean: Das Unbehagen im Kapitalismus. Die neue Wirtschaft und ihre Folgen. Berlin Verlag, Berlin 2000.
- Langhammer, Rolf J.: Das Soziale in der Globalisierung: Zwischen Gutgemeintem und Gutem. In: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, Nr. 2/02, 41. Jhrg., München 2002.
- Liefmann-Keil, Elisabeth: Ökonomische Theorie der Sozialpolitik. Springer-Verlag, Berlin u.a.O. 1961.
- Locke, John: Two Treatises of Government, a Critical Edition. Hrsg. V. P. Laslet. Cambridge 1979 (Original erschienen 1690).
- Luckenbach, Helga: Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik. 2. Aufl., Verlag Vahlen, München 2000.
- Luckenbach, Helga: Internationale Wirtschaftsbeziehungen. In: Volkswirtschaftslehre im Überblick, Bd. IV., hrsg. von Helga Luckenbach, Verlag Vahlen, München 2002 (im Erscheinen).
- Markl, Hubert: Natur als Kulturaufgabe. Über die Beziehung des Menschen zur lebendigen Natur. Droemer Knaur, München 1991.
- May, Bernhard: Widerstände gegen die Globalisierung. Sind die Befürchtungen der Globalisierungsgegner gerechtfertigt? In: Internationale Politik, Juli 2001, Nr. 7, 56. Jahr, S. 27 - 34.
- Petersen, Hans-Georg: Sozialökonomik. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart et. al. 1989.
- Petersen, Hans-Georg: Ökonomik, Ethik und Demokratie. Zu einer Theorie der Effizienz und Gerechtigkeit offener Gesellschaften. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1993.
- Petersen, Hans-Georg: Finanzwissenschaft I. 3. Aufl., Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart et. al. 1993a.
- Petersen, Hans-Georg: Politische Ökonomie von Nationalismus und Migration. In: Rolf H. Hasse und Wolf Schäfer: Die Weltwirtschaft vor neuen Herausforderungen. Strategischer Handel und Wettbewerb. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994, S. 229 – 258.
- Petersen, Hans-Georg: The Europe/Australian Relationship in a Changing World: Culture, Politics and Economy. In: Steve Howard und Stanley Crossick (Hrsg.): Proceedings of the Conference „Europe/Australian Dialogue“, Brussels, 10. September 1997, S. 21 – 24.

- Petersen, Hans-Georg und Klaus Müller: Towards a Reformulation of the Role of the Tax and Social State in the Polish Transformation Process. In: Marek Belka und Hans-Georg Petersen: Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1995, S. 131 – 141.
- Petersen, Hans-Georg und Klaus Müller: Volkswirtschaftspolitik. In: Volkswirtschaftslehre im Überblick, Band III, hrsg. von Helga Luckenbach. Verlag Vahlen, München 1999.
- Petersen, Hans-Georg: Economic Aspects of Agricultural Area Management and Land/Water Ecotone Conservation. In: Ecohydrology & Hydrobiology, 2001, Vol. 1; No 1-2, S. 97 – 110.
- Petersen, Hans-Georg und Bernd Raffelhüschen: Die gesetzliche und freiwillige Altersvorsorge als Element eines konsumorientierten Steuer- und Sozialsystems. Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr. 30, Potsdam 2000.
- Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. 5. Aufl., Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (Original erschienen 1970).
- Rose, Manfred (Hrsg.): Reform der Einkommensbesteuerung in Deutschland. Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 2002.
- Scheve, Kenneth F. und Matthews J. Slaughter: Globalization and the Perception of American Workers. Institute for International Economics, Washington, DC 2001.
- Sinn, Hans-Werner: The New Systems Competition. CESifo Working Paper No. 623, München 2001.
- Stiglitz, Joseph E.: Globalization and Its Discontents. Allen Lane, London u.a.O. 2002.
- Straubhaar, Thomas: Was folgt nach der Globalisierung? In: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, Nr. 04/01, 40. Jhrg., München 2001.
- Stokes, Bruce: Globalisierung in der öffentlichen Meinung. In: In: Internationale Politik, Juli 2001, Nr. 7, 56. Jahr, S. 19 – 26.
- Wartenberg, Ludolf-Gerd von: Handelspolitik im Zeichen der Globalisierung. In: In: Internationale Politik, Juli 2001, Nr. 7, 56. Jahr, S. 7 – 11.

Internetadressen (per 09.09.2002)

- <http://gamma.zbw.ifw-kiel.de/cgi-bin/wwwlibmenu>
- <https://www.attac-netzwerk.de>
- <http://www.einfachsteuer.de/idee/download/Konzept.pdf>
- <http://www.gipfelsturm.net/>
- http://www.ohr.int/ohr-dept/afd/ac-cor-strat/default.asp?content_id=5240
- <http://www.spaef.com/>
- http://spaef.com/GVER_PUB/2_4/2_4_4_garofalo.html

Also published in this series:

Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge

Nr. 1	7/95	H.-G. Petersen	Economic Aspects of Agricultural Areas Management and Land/Water Ecotones Conservation
Nr. 2	7/95	H.-G. Petersen	Pros and Cons of a Negative Income Tax
Nr. 3	7/95	C. Sowada	Haushaltspolitische Konsequenzen steigender Staatsverschuldung in Polen
Nr. 4	8/95	C. Bork	Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland - Das Tarifpreisgenehmigungsverfahren und seine Auswirkungen auf eine potentielle Netzübernahme nach Ablauf von Konzessionsverträgen
Nr. 5	10/95	H.-G. Petersen	Transformation Process After Five Years: Behavioral Adaptation and Institutional Change - The Polish Case
Nr. 6	11/95	C. Bork K. Müller H.-G. Petersen S. Wirths	Wider den Sachzeitwert - Untersuchung zur Frage des angemessenen Übernahmepreises von Elektrizitätsversorgungsnetzen
Nr. 7	1/96	C. Sowada	Sozialpolitik im Transformationsprozess am Beispiel Polens
Nr. 8	4/96	K. Müller T. Nagel H.-G. Petersen	Ökosteuerreform und Senkung der direkten Abgaben: Zu einer Neugestaltung des deutschen Steuer- und Transfersystems
Nr. 9	6/96	H.-P. Weikard	The Rawlsian Principles of Justice Reconsidered
Nr. 10	9/96	H.-G. Petersen	Effizienz, Gerechtigkeit und der Standort Deutschland
Nr. 11	10/96	H.-P. Weikard	Sustainable Freedom of Choice - A New Concept
Nr. 12	2/97	C. Bork K. Müller	Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Reform der Rentenbesteuerung mit einem Kommentar von H.-P. Weikard zu Rentenbesteuerung und Korrespondenzprinzip
Nr. 13	2/97	C. Bork	Ein einfaches mikroökonomisches Gruppensimulationsmodell zur Einkommensbesteuerung
Nr. 14	3/97	H.-G. Petersen	Das Neuseeland Experiment: Ist das die zukünftige Entwicklung des deutschen Sozialstaats?
Nr. 15	4/97	H.-P. Weikard	Contractarian Approaches to Intergenerational Justice
Nr. 16	8/97	H.-G. Petersen C. Bork	Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes (StRG) 1999 der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P.
Nr. 17	10/97	H.-P. Weikard	Property Rights and Resource Allocation in an Overlapping Generations Modell
Nr. 18	10/97	C. Sowada	Wieviel Staat braucht der Markt und wieviel Staat braucht die Gerechtigkeit? Transformation des polnischen Sozialversicherungssystems im Lichte der deutschen Erfahrungen
Nr. 19	12/97	C. Bork K. Müller	Effekte der Verrechnungsmöglichkeit negativer Einkünfte im deutschen Einkommensteuerrecht
Nr. 20	01/98	C. Bork H.-G. Petersen	Ein Vergleich möglicher Datensätze zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen
Nr. 21	02/98	S. Gabbert H.-P. Weikard	Food Deficits, Food Security and Food Aid: Concepts and Measurement
Nr. 22	01/99	H.-G. Petersen C. Bork	Finanzpolitischer Reformbedarf jenseits der Besteuerung Konsequenzen für die Aufgabenseite

Nr. 23	02/99	C. Sowada	Soziale Reformen in Polen. Zwischen Bewahrung und Neuanfang.
Nr. 24	06/99	G. Leßmann	Zur Theorie der Einstellungen zur Staatstätigkeit – Möglichkeiten und Grenzen der Erfassung -
Nr. 25	07/99	H.-G. Petersen	The German Tax and Transfer System: A Problem Oriented Overview
Nr. 26	07/99	C. Bork H.-G. Petersen	Revenue and Distributional Effects of the Current Tax Reform Proposals in Germany – An Evaluation by Microsimulation
Nr. 27	11/99	H.-G. Petersen	Arbeit organisieren – Sozialstaat erneuern
Nr. 28	11/99	U. Paschen	Die Regionalisierte Ökologische Gesamtrechnung: Mittel zur Darstellung regionaler umweltökonomischer Tatbestände -Hintergrund, Konzeption und Anwendungsmöglichkeiten im Rahmen des interdisziplinären GRANO-Projektes
Nr. 29 a	04/00	H.-G. Petersen S. Anton C. Bork C. Sowada	Gutachten im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg: Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung: Mischfinanzierungen und Gemeinschaftsaufgaben (Teil a, Text des Gutachtens)
Nr. 29 b	04/00	s. Nr. 29 a	Titel s. Nr. 29 a (Teil b, tabellarischer Anhang)
Nr. 30	04/00	H.-G. Petersen B. Raffelhüschen	Die gesetzliche und freiwillige Altersvorsorge als Element eines konsumorientierten Steuer- und Sozialsystems
Nr. 31	07/02	S. Anton M. Brehe H.-G. Petersen	Das Konzept der Einfachsteuer im empirischen Text
Nr. 32	08/02	H.-G. Petersen	The Polit-economic Situation in Germany: Chances for Changes in Resource and Energy Economics
Nr. 33	12/02	H.- G. Petersen	Fiskalischer Föderalismus als Mittel friedlicher Integration – das Beispiel Bosnien und Herzegowina
Nr. 34	01/03	H.- G. Petersen M. Rose	Zu einer Fundamentalreform der deutschen Einkommensteuer: Die Einfachsteuer des „Heidelberger Kreises“
Nr. 35	02/03	H.-G. Petersen	Soziale Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit in dynamischer Perspektive

Specials Series:

Industrial and Social Policies in Countries in Transition

No. S-1	12/97	H.-P. Weikard	Industrial Policies and Social Security: Investigating the Links
No. S-2	06/98	H.-G. Petersen C. Sowada	On the Integration of Industrial and Social Policy in the Transition Process
No. S-3	06/98	B. Czasch A. Balmann M. Odening T. Sobczak M. Switlyk	Die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen beim Übergang zur Marktwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Faktors Arbeit
No. S-4	06/98	R. Bakardjieva C. Sowada	Soziale Sicherung in Bulgarien 1991-1997. Entwicklung - Stand - Perspektiven
No. S-5	06/98	R. Bakardjieva	Der Privatisierungsprozeß in Bulgarien - Strategien, Widersprüche und Schlußfolgerungen
No. S-6	06/98	M. Bednarski	Privatisation Policy and Industrial Policy in Poland in the Period of Transformation
No. S-7	06/98	G. D. Demopoulos E. K. Fratzeskos	Macroeconomic Developments and Problems in the Transition Process of the Bulgarian Economy
No. S-8	10/98	P. Kurowski	Scope and Forms of State Support to Enterprises in Poland in Period of Transition
No. S-9	11/98	S. Golinowska	Public Social Expenditures in Poland in the Period of Transition
No. S-10	03/99	M. Switlyk	The Economic Standing of the Partnership Companies which Lease Agricultural Real Estate from the Agricultural Property Agency of the State Treasury in Gorzów Voivodeship in 1996 and 1997
No. S-11	05/99	B. Czasch A. Balmann M. Odening	Organisation und Effizienz landwirtschaftlicher Unternehmen während der Umstrukturierung des Agrarsektors - Eine empirische Analyse für Brandenburg -
No. S-12	06/99	M. Bednarski P. Kurowski	Industrial Policy and Social Strategy at the Corporate Level in Poland: Questionnaire Results
No. S-13	06/99	H.-G. Petersen A. Naydenov	The Tax and Social Contribution System in Bulgaria: Formal Structure and Possible Impacts
No. S-14	07/99	R. Bakardjieva C. Sowada	The Employment Crisis, Pensions and Poverty in Bulgaria 1990-1998. Trends Consequences – Preventative measures
No. S-15	07/99	R. Rusielik T. Sobczak M. Switlyk	Organisation and Efficiency of Agricultural Enterprises in Transformation: An Empirical Analysis of the Gorzów Voivodeship
No. S-16	07/99	R. Bakardjieva C. Sowada	Privatisation in Bulgaria. Strategies, Methods, Results and Conclusions
No. S-17	07/99	A. Christev H.-G. Petersen	Privatisation and Ownership: The Impact on Firms in Transition Survey Evidence from Bulgaria
No. S-18	07/99	A. Christev H.-P. Weikard	Social Benefits and the Enterprise: Some Recent Evidence from Bulgaria and Poland
No. S-19	07/99	A. Christev F. FitzRoy	Employment and Wages in Transition: Panel Evidence from Poland
No. S-20	07/99	H.-G. Petersen C. Sowada	The Polish and Bulgarian Questionnaires